DEMO-ONLINE.DE

68. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

09/10 **2016**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Brandenburg
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

SOZIALPOLITIK IN DEN KOMMUNEN

Niemanden zurücklassen

Menschen am Rande sollen sich bilden, arbeiten und dabei sein können

FOTO: ULRICH BAUMGARTEN

Deutsche Bank
oeffentlicher-sektor.db.com

Es gibt einen Weg, Vermögensmanagement nachhaltig für Ihre Kommune zu gestalten.

Diesen Weg der höchsten Ansprüche gehen wir gemeinsam mit unseren Kunden. Als kompetenter Partner entwickeln wir für die öffentliche Hand individualisierte Anlagestrategien und -richtlinien, die auch in herausfordernden Zeiten den Kapitalerhalt langfristig sichern.

INHALT 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den Städten und Gemeinden leben wir in den kleinsten Einheiten unseres Gemeinwesens zusammen. Hier müssen Menschen sich verlassen können. Dafür sind vor allem die Kommunen zuständig. Es ist eine ihrer originären Aufgaben, eine gute Versorgung von sozial Schwachen, Vernachlässigten oder Hilfsbedürftigen zu organisieren.

Private Initiativen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände unterstützen sie dabei. Ohne diese – oft ehrenamtliche Hilfe – ginge viel, viel weniger. Die Berliner „Arche“ ist ein wunderbares Beispiel dafür.

Doch die private Hilfe kann und soll nur ergänzende Funktion haben. Der Staat darf sich nicht darauf verlassen, dass Not und manchmal auch Elend privat gemindert werden. Erst recht nicht in einem so reichen Land wie Deutschland. Der Staat muss auch und gerade auf der kommunalen Ebene die notwendige Infrastruktur vorhalten, damit keiner durch den Rost fällt oder unnötig darbt.

Tatsache ist aber auch, dass das soziale Netz von Städten und Gemeinden sehr viel Geld kostet. Deswegen wurde in den hinter uns liegenden Jahren der knappen Kassen vieles gekürzt und zu viel abgebaut. Theater wurden geschlossen, Sporthallen und Schulen heruntergewirtschaftet.

Jetzt ist deutlich mehr Geld in der Schatulle des Bundesfinanzministers. Und es ist blanker Unsinn, dieses Geld in eine breit angelegte Steuersenkung zu stecken, wie viele in der Union das wollen. Die politischen Kräfte – allen voran die SPD – sollten sich vielmehr dafür einsetzen, dass diese Summen gezielt genutzt werden, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern und zum Teil neu aufzubauen. Über ihre Vernachlässigung haben wir lange genug geklagt. Jetzt können wir etwas daran ändern.

Herzlich,

Karin Nink

Karin Nink, Chefredakteurin

FOTOS: DIRK BLEICKER, DAVID AUSSERHOFER, INNOVATIONCITY RUHR, FOTOGRAFIE SCHEPP

Titel
Sozialpolitik in den Kommunen

4 **„Gerechte Chancen für alle Kinder ermöglichen“ |** Interview mit dem AWO-Präsidenten Wilhelm Schmidt
6 **Augenblick |** Frisches Wasser zu jeder Zeit für alle Bremer
7 **Kampf gegen Kinderarmut |** Wie Kommunen erfolgreich Netzwerke und Präventionsketten aufbauen
10 **Die soziale Klammer |** Das Mehrgenerationen-Projekt „Haus der Zukunft“ in Bremen
12 **Kein trautes Heim |** Die Zahl der Menschen ohne eigene Wohnung steigt dramatisch. In Nordrhein-Westfalen setzt man auf Prävention
13 **Älteren droht Altersarmut |** Ergebnisse der Enquete-Kommission des Schweriner Landtages
14 **„Joblinge“ haben gute Chancen auf Ausbildung |** Ein Programm für Langzeitarbeitslose
15 **Sprache früh fördern |** Das preiswürdige Konzept der Dortmunder Kinderstuben
16 **In der Schlange |** Die Tafel Bochum-Wattenscheid versorgt rund 13.000 Menschen pro Woche

Report
Wirtschaftsförderung und Standortpolitik

20 **Klimaschutz und Stadtumbau |** Bottrop ist Musterstadt für das ganze Ruhrgebiet
22 **„Aachen 2025“ macht den digitalen Wandel erlebbar |** Großes Event zur Stadt der Zukunft
24 **Früher Zechen, heute lebenswerte Stadtquartiere |** Wie RAG Montan Immobilien Flächen revitalisiert
25 **Projekt „Deutsch@Beruf“ |** Wie Wirtschaft, Kommune und Zivilgesellschaft Integration schaffen
26 **Das darmstadtium: „well connected“ |** Kongresse und Tagungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor
28 **Bessere Versorgung ist Herzenssache |** Auch im Gesundheitsbereich ist eine gute kommunale Infrastruktur ein wichtiger Standortfaktor

17 **SPD-Bundestagsfraktion |** Wirtschaft fördern – Regionen stärken
18 **News |** Drei Fragen an Frank Baranowski zur sozialen Spaltung in den Kommunen
19 **News |** Visionär für seine Vaterstadt – Nachruf auf Henning Voscherau
29 **Bücher | Termine**
30 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Gerechte Chancen für alle Kinder ermöglichen“

Viele Familienleistungen sind fehlgeleitet oder zu bürokratisch. AWO-Präsident Wilhelm Schmidt fordert, Hilfen müssten zielgerichteter werden. Er setzt sich für eine Aufwertung der sozialen Berufe ein und kämpft für einen Tarifvertrag Soziales

Interview Karin Billantisch

Sozialpolitik in den Kommunen

ZUR PERSON

Wilhelm Schmidt ist seit dem Jahr 2008 Präsident des AWO Bundesverbandes. Bereits seit 1989 ist er Mitglied des AWO-Bundesvorstandes, seit dem Jahr 2004 als Vorsitzender. Gebürtig 1944 in Barbecke im Kreis Peine, begann er nach Abschluss der Schulausbildung im Jahr 1960 für die Stadt Wolfenbüttel zu arbeiten. Von 1965 bis zu seinem Einzug in den Landtag von Niedersachsen 1978 arbeitete er als Kommunalbeamter der Stadt Wolfenbüttel.
Bis 1986 saß er im niedersächsischen Landtag und war Vorsitzender des Landtagsausschusses für Jugend und Sport. 1987 errang er ein Bundestagsmandat und war langjähriger Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion bis 2005. Er war 1988 für die SPD-Fraktion der erste Kinderbeauftragte in einem Parlament weltweit. 2004 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Schmidt hat sich auch in zahlreichen weiteren Ehrenämtern engagiert; zum Beispiel von 2006 bis 2014 als Präsident des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Zudem ist er Ortsbürgermeister der Ortschaft Nordost der Stadt Salzgitter, wo er seit vielen Jahren zu Hause ist. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. *(KB)*

Alleinerziehende müssen laut einer Bertelsmann-Studie oft mit finanziellen Problemen kämpfen. Wieso bedeuten Kinder im wohlhabenden Deutschland immer noch ein Armutsrisiko?

Die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie haben mich überhaupt nicht überrascht. Die in der Bundesrepublik bisher einzigartige Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) zeigte leider schon 2012 ähnliche Befunde. Die Frage ist also, warum dagegen nichts unternommen wird, wenn wir die Ergebnisse doch seit Jahren kennen. Trotz großer Mehrheiten konnte diese Regierungskoalition keine Möglichkeiten struktureller Verbesserungen schaffen.

Welche Verbesserungen fordern Sie?

Vor allem eine ausreichende Finanzierung des Sozialstaates, das hat die Arbeiterwohlfahrt – auch als Partnerin der Kommunen – immer wieder betont. Es nützt nichts, wenn Bundespolitik sich offensichtlich immer in großen Finanzdebatten ereignet – sich aber nicht zu einem großen Wurf bei der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen durchringt. Auch in Sachen Steuergerechtigkeit kann einiges getan werden. Entscheidend ist auch, dass wir im Bereich der Familienleistungen sehr viele fehlgeleitete Förderinstrumente haben. Dazu rechne ich zum Beispiel das Ehegattensplitting. Das Ziel muss es sein, allen Kindern ein chancengerechtes Aufwachsen zu ermöglichen. Davon sind wir derzeit meilenweit entfernt.

Warum kommt das Geld nicht zu den Richtigen?

Wir empfinden es zum Beispiel immer wieder als unerträglich, dass es unglaublich viele bürokratische Hemmnisse für Alleinerziehende gibt, an diese Fördermittel heranzukommen. Abgesehen davon müssen die Leistungen zielgerichteter werden und bei denen ankommen, die sie wirklich benötigen. Ich weiß nicht, ob diese Koalition noch die Kraft dazu hat. Wir arbeiten hier in engem Schulterschluss mit der SPD und Sigmar Gabriel, aber ob uns gelingt, was Kommissionen jahrelang nicht geschafft haben, weiß ich nicht.

Als Beispiel für bürokratische Hemmnisse nennen Praktiker oft die Bildungsgutscheine. Warum?

Eindeutig ist der Aufwand zu hoch. Auch in den kommunalen Behörden wird der Aufwand für die vielen Einzelleistungen in Höhe von zehn oder 15 Euro im Übrigen als zu hoch angesehen.

Ist die Grundidee, bedürftigen Kindern Teilhabe an Bildung oder Sport zu ermöglichen, nicht gut?

Man stigmatisiert die Eltern, die sich damit ja als eher bedürftig zu erkennen geben. Außerdem stehen Aufwand und Leistung nicht in einem adäquaten Zusammenhang. Was nützt es, wenn Kinder für zehn Euro im Monat in einen Sportverein gehen können, ihre Eltern aber keine Sportkleidung kaufen können? Die Idee mag gut sein, die Umsetzung ist es nicht. Viele andere Leistungen für Kinder und Familien sind ebenfalls zu kompliziert.

Haben Sie einen Vorschlag für ein einfacheres System? Diskutiert wird etwa die Grundsicherung für Kinder.

Wir müssen erst einmal wirklich Licht in den Dschungel der vielen familienpolitischen Leistungen bringen. Eine Grundsicherung, also Existenzsicherung für Kinder könnte das System erheblich vereinfachen. Durch eine systematische Veränderung in den Abläufen könnte man Aufwand und Kosten reduzieren.

FOTO: DIRK BLEICKER

„Der Sozialstaat muss ausreichend finanziert werden“, fordert Wilhelm Schmidt.

„Nutzung der wenigen Möglichkeiten, das aber gemeinsam“: Mit gutem Willen könne auch eine finanzschwächere Kommune Prävention im sozialen Raum betreiben, sagt Wilhelm Schmidt.

Die Ergebnisse der eingangs genannten Studie legen den Schluss nahe, dass viele Väter keinen Unterhalt zahlen. Was kann man tun, um die Ansprüche besser durchzusetzen?
Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass jemand der unterhaltsverpflichtet ist, nicht zahlt. Zwar springt der Staat ein, indem er Unterhaltsvorschüsse bezahlt. Doch diese sind zeitlich und in der Höhe zu sehr begrenzt. Dem Staat müssten für nachgewiesene Fälle der willkürlichen Nichtzahlung schärfere Instrumente an die Hand gegeben werden.

Mit welchen Mitteln kann auch eine finanzschwächere Kommune Armutsprävention betreiben?
Ich glaube, dafür gibt es kein Patentrezept. Entscheidend scheint mir zu sein, dass der gute Wille da ist, Prävention im sozialen Raum zu betreiben. Dann findet sich auch in schwierigen Zeiten ein guter Weg. Und der heißt: Nutzung der wenigen Möglichkeiten, das aber gemeinsam. Wir müssen alle an einen Tisch holen, auch verschiedene Wohlfahrtsverbände. Alle müssen im Stadtteil, im Dorf, in der Region zusammenarbeiten.

Soziale Berufe wie Erzieherin oder auch Pfleger werden in der Gesellschaft gering geschätzt, dabei braucht sie immer mehr Menschen, die in diesen Berufen arbeiten. Was muss passieren, damit soziale Arbeit mehr Anerkennung findet?
Die AWO kämpft seit Jahren gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden für einen Tarifvertrag Soziales, der für alle sozialen Berufe gelten soll. Allerdings stoßen wir immer wieder auf Vorbehalte. Wenn wir einen bindenden Tarifvertrag hätten, bräuchte der Wettbewerb zwischen den sozialen Leistungsanbietern nicht mehr über die Lohnkosten geführt werden. Die Bezahlung der Beschäftigten würde transparenter, sicherer und damit attraktiver.

Mit den neuen Pflegestärkungsgesetzen soll ja etwa der Pflegeberuf aufgewertet werden. Wird das funktionieren?
Das jetzige zweite Pflegestärkungsgesetz ändert vorerst nichts an der unzureichenden Personalsituation. Ziel muss aber eine bessere Personalausstattung in den Pflegeeinrichtungen sein. Derzeit ist lediglich ein wissenschaftlicher Auftrag zur Personalbedarfsmessung vorgesehen. Das ist zu wenig. Dass wir mehr Personal benötigen wissen wir schon jetzt. Mit den Ergebnissen der Bedarfsmessung wird erst 2020 gerechnet. Damit können wir nicht zufrieden sein.

Fachkräfte werden auch für die Flüchtlingsintegration gesucht. Wie sieht es hier aus?

„Wir müssen erst einmal wirklich Licht in den Dschungel der vielen familienpolitischen Leistungen bringen.

Wilhelm Schmidt,
AWO-Präsident

Die AWO übernimmt an etwa 50 Standorten in Deutschland die Erstaufnahme von Flüchtlingen und leistet an ungefähr 120 weiteren Standorten Integrationsberatung, organisiert Maßnahmen und Projekte. Dafür stellen wir engagierte junge Leute ein, die die noch viel größere Anzahl von ehrenamtlichen, freiwilligen Helfern koordinieren, bei ihrer Arbeit unterstützen und die Integrationsaufgaben steuern. Und was machen wir mit ihnen?

... Sagen Sie es mir.
Wir geben ihnen einen Zeitvertrag. Und wenn sie ein Angebot für eine feste Stelle bekommen, sind sie nach drei oder vier Monaten weg, und wir fangen noch mal von vorn an. Das ist unerträglich nicht nur für uns als Träger, sondern auch für die betroffenen Menschen.

Liegt das an den Strukturen der Projektfinanzierung?
So ist es. Es ist keine längere Planung möglich, weil Bund und Länder sich in dieser Zeit mit der Finanzbeteiligung des Bundes herumgeschlagen haben. Am Ende ist es der Träger, den die Kommunen beauftragt haben, der diese Probleme lösen muss. Wir warnen unsere Träger vor Ort, sie sollen keine finanziellen Abenteuer eingehen.

Langfassung des Interviews unter
www.demo-online.de

FOTO: DIRK BLEICKER

AUGENBLICK

Frisches Wasser zu jeder Zeit für alle Bremer

Mal eben den Hahn aufdrehen, das kühle Wasser laufen lassen und einen Schluck trinken. Oder sich schnell die Hände waschen. Was für die meisten Menschen selbstverständlich ist, gehört für Obdachlose zum Luxus. Ohne Dach über dem Kopf gibt es kein Wasser, um sich zu waschen – vor allem aber keines zum Trinken.

Um den Obdachlosen in der Bremer Innenstadt den Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen, haben sich die dortigen Kirchengemeinden zusammengetan, um einen Trinkwasserbrunnen zu bauen. Am Eingang des evangelischen Gemeindezentrums „Unser Lieben Frauen" können Menschen wie Sven (Foto) und Marko spontan ihren Durst löschen oder ihren Wasservorrat auffüllen. Einen zweiten Brunnen gibt es seit knapp einem Jahr an der katholischen Propsteikirche St. Johann. Die Inbetriebnahme bei den Protestanten hat sich wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten verzögert.

„Trinkwasser ist ein Menschenrecht"

Die beiden jungen Männer sind froh, dass die Innenstadt-Gemeinden ein entsprechendes Angebot machen. Um nämlich nicht zu verdursten, müssen sie sich ihr Wasser teuer einkaufen. Dafür müssen sie sich täglich zwei bis drei Euro zusammenschnorren. In Restaurants, Kneipen, Bistros und Co. haben Obdachlose in der Regel keinen Zutritt. In ihrer Not trinken sie auch schon mal aus Pfützen. Und in den üblichen Brunnen plätschert kein Trinkwasser. Das ist bei den beiden kirchlichen Wasserstellen anders: Sie sind ans bremische Netz angeschlossen.

Die Idee dazu stammt von Harald Schröder. Er ist Streetworker der Innenstadt-Gemeinden und erinnert sich: „Ich begleitete einen Obdachlosen. Er sammelte Pfandflaschen, verschwand damit in einem der Verbrauchermärkte und kam mit Wasserflaschen zurück." Dies habe ihn erstaunt, und der Obdachlose habe ihm davon erzählt, wie schwierig es ist, an Trinkwasser zu kommen. Schröder fordert, weitere derartige Brunnen anzubieten. „Trinkwasser ist ein Menschenrecht", findet der Streetworker.

Sven und Marko nutzen vor allem den Brunnen hinter der Liebfrauenkirche regelmäßig. Entweder füllen sie ihre Flaschen auf oder trinken mal spontan. Andere Obdachlose waschen sich dort auch. Meistens kommen sie gegen Abend, wenn sich die Stadt geleert hat. Viele würden sich schämen, berichten Streetworker Schröder und Vertreter der Kirchengemeinden.

Ulf Buschmann

Mehr zum Thema

http://www.demo-online.de/blickpunkt/wasser-kommunen

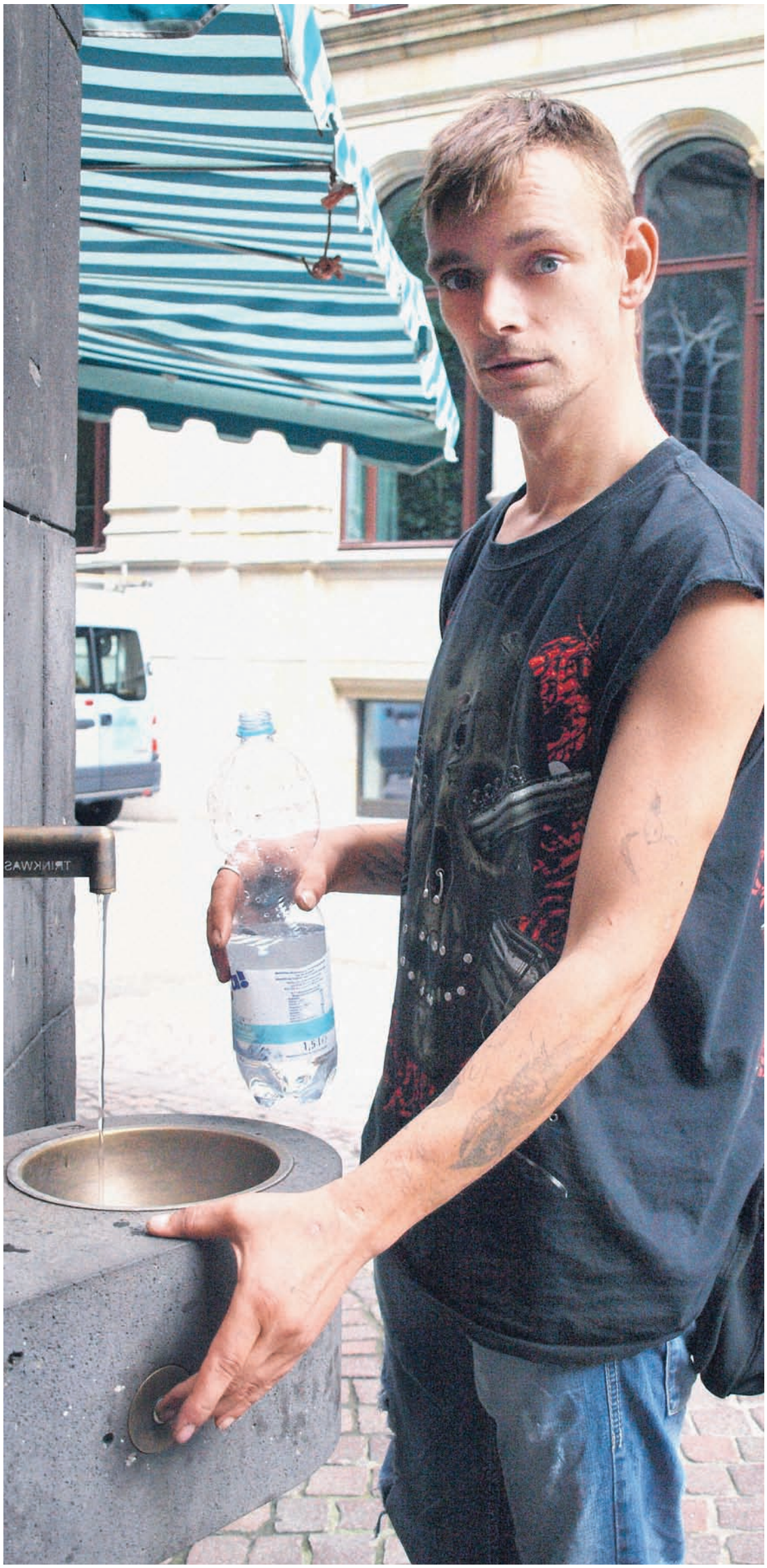


FOTO: ULF BUSCHMANN

Kostenloser Mittagstisch in der „Arche Berlin", einem Vorzeigeprojekt im Ostberliner Stadtteil Hellersdorf

Kampf gegen Kinderarmut

Mehr als drei Millionen Kinder und Jugendliche gelten als arm. Wie Kommunen mit Netzwerken und Präventionsketten erfolgreich gegensteuern können

Autorin Karin Billanitsch

Kurz nach zwölf Uhr Mittags. Langsam füllt sich der schlicht gehaltene Speisesaal im Erdgeschoss einer ehemaligen Grundschule in Berlin-Hellersdorf. Die neue glitzernde Mitte Berlins mit Restaurants und Theatern, schicken Lofts und renovierten Altbauwohnungen ist weit weg. Es ist eine andere Welt, nur eine halbe Stunde Fahrt vom Alexanderplatz. Viele junge Frauen mit kleinen Kindern essen zu Mittag, es gibt Nudeln mit Tomatensauce. Vereinzelt sieht man auch ein paar Männer über dem Tellergericht sitzen. Petra isst gemeinsam mit ihrem sechsjährigen Sohn Alex (alle Namen von der Redaktion geändert) täglich hier. Am Nachmittag bleibt er in dem Gebäude: bastelt, kickert oder spielt mit seinen Freunden auf dem Gelände Fußball. Im Herbst, wenn er in die Schule kommt, kann er am Nachmittag in die Hausaufgabenbetreuung gehen. Die „Arche – Christliches Kinder- und Jugendwerk e. V.", kurz „Arche Berlin", betreut bis zu 300 Kinder täglich – kostenlos.

Alex hat noch zwei Geschwister, alle kommen in die „Arche". Noch sind die Älteren in der Schule. Ihre Mutter ist gelernte Bürokauffrau und arbeitet zur Zeit nicht, dafür aber ihr Mann. „Er ist 15 Stunden am Tag unterwegs, für die Kinder bin ich zuständig." In Hellersdorf habe sie für ihren Nachwuchs keine Hort- oder Kitaplätze gefunden, erzählt die Berlinerin. Seit die Kinder nachmittags ein paar Stunden betreut werden, bildet sie sich zur Altenpflegehelferin weiter. „Wenn der Kleine in die Schule kommt, will ich mir eine Stelle suchen" erzählt die jung wirkende 35-Jährige. Sie ist verheiratet, damit ist sie unter den Müttern hier eher die Ausnahme. „Zu uns kommen zu 90 Prozent alleinerziehende Mütter" sagt Wolfgang Büscher, zuständig für die Pressearbeit der „Arche". „Die Frau sitzt am Stadtrand und kommt nicht weg", erzählt Büscher. Schon ein Ticket des öffentlichen Nahverkehrs können sich die meisten nicht leisten.

Seine Beobachtungen untermauern die Ergebnisse mehrerer wissenschaftlicher Studien und Armutsberichte zur Kinderarmut in Deutschland. Insgesamt gibt es mehr als drei Millionen Kinder und Jugendliche, die in Armut leben müssen. Das größte Risiko, finanziell benachteiligt aufzuwachsen, haben die Kinder von Alleinerziehenden, so die Autoren einer Studie von Bertelsmann.

„Alleinerziehende werden auf den Ämtern wie eine Nummer behandelt."

Bernd Siggelkow,
Gründer der Arche Berlin

In Deutschland gilt nach der gängigen EU-weiten Definition als arm beziehungsweise armutsgefährdet, wer ein Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung hat. Bei Alleinlebenden ist die Schwelle im Jahr 2015 laut Angaben des statistischen Bundesamts bei 11.840 Euro Euro im Jahr, also 987 Euro im Monat erreicht. Bei Alleinlebenden mit einem Kind unter 14 Jahren liegt sie bei 1250 Euro. Die zweite statistische Größe, mit der Armutsforscher arbeiten, ist der Bezug von sozialen Transferleistungen wie Sozialgeld oder Sozialhilfe.

Büscher betont die Philosophie der „Arche": „Wir wollen die Kinder mit unseren Angeboten direkt erreichen, nicht über den Filter Eltern." Nach rund 20 Jahren Arbeit der „Arche" sind die Verantwortlichen überzeugt, dass sozial benachteiligte Kinder direkt gefördert und

FOTO: KINDERPROJEKT ARCHE

motiviert werden müssen, damit sie später nicht auch von Transferleistungen abhängig bleiben.

Auch Arzu, 24 Jahre alt, sitzt an einem der Resopal-Tische. Die junge Frau stammt aus dem Nordirak, sie sei Jesidin, sagt sie leise. Ihre drei Kinder, ein Junge und zwei Mädchen, sind zwischen gerade mal zwei und sechs Jahre alt. Sie ist gemeinsam mit ihrem Mann vor fünf Jahren, mit dem ersten Kind schwanger, nach Deutschland geflüchtet. „Wenn ich nicht hierher kommen könnte, würde ich nur zu Hause sitzen", erzählt sie. Einen der Kitaplätze in diesem Viertel hat sie nicht ergattert. „Wir fahren bald ins Camp", erzählt ihr Sohn Baran freudestrahlend, während er im Nudelteller stochert. Er freut sich auf die Woche Sommercamp, die die „Arche Berlin-Hellersdorf" für ihre Kinder organisiert. Einige der Kinder, die in die „Arche" kommen, kennen Urlaubsreisen nicht.

Zu Hause spricht die Familie nur Kurmandschi, doch Barans Deutsch ist gut. „Hier in der ‚Arche' achten wir darauf, dass nur Deutsch gesprochen wird", betont Bernd Siggelkow, Gründer und Vorstand des christlichen Kinder- und Jugendwerkes. Siggelkow zitiert den finnischen Bildungsminister: In Finnland werden „Kinder wie Könige behandelt". In seinen Augen müsste ein reiches Land an seinem Kinderreichtum festzumachen sein. Es fehle an Respekt und Wertschätzung. „Alleinerziehende werden auf den Ämtern als Nummer behandelt", sagt der Pastor. 1995 hat er den Verein in Berlin-Hellersdorf gegründet, um sich um sozial benachteiligte Kinder und Familien zu kümmern.

Kommunale Armutsprävention

In einer Großstadt wie Berlin müssen viele Akteure – freie Träger wie etwa die „Arche", Wohlfahrtsverbände, kommunale Einrichtungen ihre Kräfte anstrengen, um gegen fehlende Chancengleichheit anzugehen. Aber auch mittlere und kleinere Städte müssen erst einmal erkennen, wo es bei ihnen überdurchschnittlich viel benachteiligt lebende Kinder gibt. Manche sind schon sehr weit, manche stehen dabei am Anfang. Beispiel Düren: Es ist erst ein paar Wochen her, dass im Haus der evangelischen Gemeinde der „Gipfel zur Kinderarmut" stattfand. Eine Koalition aus SPD, Linken, Grünen und Freien Demokraten möchten ein „Handlungskonzept gegen Kinderarmut" auf den Weg bringen. Jedes dritte Kind in Düren ist nach offiziellen Angaben von Armut betroffen.

Düren will künftig gezielt Mikro-Projekte fördern, die die Folgen von Kinderarmut bekämpfen oder ihr entgegenwirken. Es sind oft naheliegende Dinge, die helfen: Mit Gruppen von Kindern oder Jugendlichen Kulturinstitute besuchen, Schwimmlehrgänge organisieren, Fahrradgruppen aufbauen – das sind Beispiele für förderwürdige Projekte. Ulf Opländer, jugendpolitischer Sprecher der Dürener SPD, kritisiert, dass benachteiligte Kinder an vielen Angeboten nicht teilnehmen könnten. Er will sich dafür einsetzen, die Dinge zu ändern: Es soll mehr Kinderbetreuung geben, damit die Mütter arbeiten können, und kostenlose Mitgliedschaften in Sportvereinen – gegen einen finanziellen Ausgleich durch die Kommune.

Alle kindlichen Lebensphasen im Blick

„Die Kommunen wissen sehr genau, wo Bedarf ist" sagt Gerda Holz vom Sozialinstitut ISS-Frankfurt a.M. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Kinderarmut und Ansätzen für kommunale Armutsprävention. Sie sprach auch auf dem Armutsgipfel in Düren zum Thema. „Ziel der Förderung muss sein, dass alle Kinder bei uns gut aufwachsen sollen." Dafür braucht jedes Kind Unterstützung.

„Bei der kommunalen Armutsprävention ist die Frage, über die die Kommunen nachdenken müssen, welches Präventionskonzept entwickelt und wie dann der Umsetzungsprozess aufgebaut werden kann. Armutsprävention lässt sich nicht in einer Stunde oder für ein Jahr angehen", betont Holz.

Die Armutsforscherin erklärt ihren Ansatz: Präventionsketten sind aufzubauen, die von null bis 18 Jahren – von der Geburt bis zum Berufseinstieg der Kinder – alle kindlichen Lebensphasen umfassen. Dabei werden die vorhandenen Infrastrukturen systematisch genutzt und miteinander vernetzt, und zwar, wie sie betont, vorbeugend: „Man darf nicht erst reagieren, wenn das Jugendamt Alarm schlägt oder die Schuleingangsuntersuchungen zeigen, wie viel Kinder in der Sprachförderung noch Bedarf haben." Präventiv handeln, das bedeutet in der Praxis, dass sich die Kommune Ziele setzt und investiert. Gerda Holz nennt Beispiele: „Dass alle Kinder in Vereine gehen können. Dass alle Kita-Kinder schwimmen lernen." Alle miteinander müssten überlegen, wie Kinder gefördert werden können.

ARMUT IN ZAHLEN

33%

beträgt die Qote der Kinderarmut in Bremen und ist damit in Deutschland am höchsten. Im Durchschnitt liegt die Kinderarmutsquote bei 19 Prozent.

15%

beträgt die Armutsquote unter Erwachsenen in Deutschland. Am stärksten sind Erwerbslose von Armut betroffen – ihr Anteil liegt bei 58 Prozent – und Alleinerziehende, deren Anteil 42 Prozent beträgt.

QUELLEN: HANS-BÖCKLER STIFTUNG; ARMUTSBERICHT DES PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBANDES 2016

Kinder Alleinerziehender leben überdurchschnittlich oft am Rande der Armut.

FOTO: UTE GRABOWSKY/PHOTOTHEK.NET

Das „Dormagener Modell"

Es gibt gute Beispiele für kommunale Präventionsketten, die die kommunale Infrastruktur weiterentwickeln. So etwa das „Dormagener Modell", das unter dem damaligen Bürgermeister Heinz Hilgers (SPD) aufgebaut wurde, um der Gefährdung des Kindeswohls vorzubeugen. Seit 20016 wird es angewendet. In den Jahren davor wurde die Verwaltung umstrukturiert, Jugend- und Sozialamt wurden eine Einheit, ein Qualitätskatalog wurde erarbeitet. Ein wichtiger Baustein war das Umdenken in den Köpfen. Nun wird werdenden Müttern und Familien frühzeitige Unterstützung angeboten, es gibt etwa einen Hausbesuch bei Neugeborenen.

In vielen Jahren wurde ein Netzwerk für Familien geschaffen, in dem Akteure wie Kindergärten, Schulen, freie Träger Ärzte zusammenwirken. Es gibt, um einige Beispiele zu nennen, Schulmittelfreiheit, Befreiung von Schülern von Fahrtkosten, und ein Mittagessen für 1 Euro. Ganz wichtig: Betreuungsgarantie für einen Kitaplatz ab 4 Monaten für alle Kinder, so dass der betreuende Elternteil, wenn nötig, die Möglichkeit hat, zu arbeiten. Prävention kann gelingen, zeigt dieses Beispiel, wenn das Kind in den Mittelpunkt gestellt wird und sich in den Köpfen der Beteiligten etwas ändert.

Ein Grund, dass es so viele armutsgefährdete Kinder gibt, ist, dass Familie nicht mehr eine Säule der Gesellschaft ist", sagt Bernd Siggelkow. Obwohl die „Arche" mittlerweile 23 Standorte betreibt, findet er Zeit, regelmäßig in Hellersdorf vorbeizukommen. Dienstags ist er immer bei der Kinderparty dabei. Der Gründer der „Arche" Berlin lässt sich ein, er lebt mit den Kindern: „Wir sind eine Familie".

Mehr Informationen:

www.kinderprojekt-arche.eu/

www.bertelsmann-stiftung.de

Dormagen hat am Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen" des Landes NRW teilgenommen, das nun auf alle Kommunen ausgeweitet wird: www.kein-kind-zurücklassen.de

ADMIRAL SPIELHALLE

Das „Haus der Zukunft" im Bremen bietet Platz für vielfältiges soziales Engagement.

Die soziale Klammer

Wie wichtig das Mehrgenerationen-Projekt „Haus der Zukunft" in Bremen für das soziale Quartier geworden ist

Autor Ulf Buschmann

Ein ganz gewöhnlicher Wochentag: Mütter und Väter bringen ihre Kinder in die Kita, einige Zuwanderer sind auf dem Weg zum Sprachkurs. Auch Senioren trudeln nach und nach ein. Sie treffen sich zum Bewegungstraining. Derweil kommt eine junge Frau herein. Sie hat einen Termin für eine Sozialberatung.

So oder ähnlich geht es in der Regel im „Haus der Zukunft" in Bremen zu. Es hat sich in den vergangenen knapp 20 Jahren zu einem sozialen und kulturellen Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum entwickelt. Seit zehn Jahren wird es als Mehrgenerationenhaus gefördert. Dies, sagt Quartiermanagerin Heike Binne, habe der Einrichtung einen neuen Schub gegeben.

Das Mehrgenerationenhaus sei heute die „Klammer", die mehrere Institutionen. verbindet. Deshalb nennt es sich „Mehrgenerationenhaus Haus der Zukunft". Dazu gehören das Quartiermanagement, das Haus der Familie, der Elternverein für psychomotorische Entwicklungsförderung (EPSYMO), die Frühberatungsstelle Bremen-Nord sowie die evangelische Kirchengemeinde Lüssum mit ihrer angeschlossenen Kindertagesstätte, der Krippe und dem Hort. Durch diese Konstellation können die Verantwortlichen mit beziehungsweise für die Menschen vor Ort zahlreiche Angebote machen – von der Hilfe bei der Wohnungssuche über die Intergration von Flüchtlingen bis hin zu Selbsthilfe- und Diskussionsgruppen. „Man kommt mit einem Anliegen her und findet alles", sagt Heike Binne.

> **„Um die Flüchtlinge zu integrieren, spielt das ‚Haus der Zukunft' wieder eine wichtige Rolle."**
>
> Heike Binne, Quartiersmanagerin

Das „Haus der Zukunft" liegt im Bremer Norden in Blumenthal im Ortsteil Lüssum-Bockhorn. Dort war in den 1960er Jahren eine der typischen Großwohnanlagen mit drei- bis viergeschossigen Häusern entstanden. Die Menschen arbeiteten zu einem Großteil bei den beiden größten hiesigen Arbeitgebern: dem Bremer Vulkan und der Bremer Woll-Kämmerei. Anfang der 1990er Jahre veränderte sich die Situation, denn der Bremer Vulkan kam in wirtschaftliche Schieflage und meldete 1996 Konkurs an. Auch die Bremer Woll-Kämmerei baute zahlreiche Arbeitsplätze ab.

Das einst als Schlafstadt für Arbeitnehmer geplante Quartier veränderte sich. Es gab hohe Arbeitslosigkeit, zudem zogen immer mehr Migranten nach Lüssum. Hinzu kam die veränderte Großwetterlage: Immer mehr Russlanddeutsche zogen nach Lüssum. Unter dem Strich wurden die Bewohner internationaler, jünger und ärmer. Dies führte zu Konflikten gepaart mit stark ansteigender Kriminalität. Die soziale Infrastruktur zur Bewältigung der Probleme fehlte hingegen völlig oder war unzureichend.

In dieser Situation setzten sich auf Initiative der Kirchengemeinde Vertreter der Gemeinde, verschiedener Behörden, der Politik und der Polizei an einen Tisch und befanden: Im Quartier, so der Name, sei mehr Hilfe vor Ort notwendig als bislang üblich. Am Ende stand das Konzept für das „Haus der Zukunft". Im Jahr 1991 gründete sich der gleichnamige Verein. In seinem Vorstand sind alle Institutionen vertreten, die vor Ort tätig sind. Im Jahr 1993 bekam das Kindertagesheim einen Hortanbau, das eigentliche Haus mit seiner preiswürdigen Architektur wurde 1997 eingeweiht. Die Arbeit nahm Stück für Stück Konturen an, denn die sozialen Probleme wurden nicht weniger.

Zuzug neuer Flüchtlingsfamilien

Eine Zäsur sei die Einführung der Hartz-Gesetze gewesen, meint Binne. Die Einrichtung war vorher selbst Träger von BSHG 19-Stellen und danach nur noch Einsatzstelle für Ein-Euro-Jobber. Trotz der Veränderungen sei das Ziel, Menschen aus der Armutsspirale herauszukommen. Dazu bedürfe es nach wie vor gezielter Hilfe, die angeboten und vermittelt werden muß. Immerhin habe sich die Situation im Quartier seit dem Jahr 2009 erheblich verbessert, weil die Behörden und die Wohnungsbauunternehmen den Zuzug steuern. Dazu kamen aufsuchende Sozialarbeit und kleine Feste. Dies, so Binne, sei notwendig, denn inzwischen gebe es durch die Flüchtlinge wieder viele neue Familien im Quartier. Um sie zu integrieren, spielt das „Haus der Zukunft" eine wichtige Rolle – und dies in den kompletten Stadtteil Blumenthal hinein, zu dem das Haus der Zukunft gehört.

Für Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Iran und dem Irak und teilweise noch aus den Balkanstaaten finden unter dem Dach des Mehrgenerationenhauses Deutschkurse statt, die inzwischen aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS) bezahlt werden. Hinzu kommen ehrenamtlich organisierte Willkommenscafés, in denen die Zugewanderten im Alltag unterstützt und beim Organisieren von Möbeln für die erste eigene Wohnung unterstützt werden. Auch das bundesweite Projekt „Paten für Geflüchtete" des Diakonischen Werkes hat hier eine Zweigstelle.

FOTO: HAUS DER ZUKUNFT, AFSD BREMEN

Mehr Informationen
www.haus-der-zukunft-bremen.de

mainova

Nachhaltige Lösungen von XS bis XXL.

Jetzt informieren:
Geschäftskunden-Produkte nach Maß!

Bei uns erhalten Unternehmen jeder Größe die nachhaltige Lösung, die perfekt zu den jeweiligen Anforderungen passt. Damit sind wir ein starker Partner für Unternehmen in ganz Deutschland – und für unsere Umwelt. Entdecken auch Sie unsere „grünen“ Strom- und Erdgasoptionen, Services und Produkte online unter: **www.mainova.de/geschaeftskunden** oder unter der **ServiceLine 0800 11 666 88**.

Kein trautes Heim

Die Zahl der Menschen ohne eigene Wohnung steigt dramatisch. In Nordrhein-Westfalen setzt man auf Prävention

Autor Carl-Friedrich Höck

Ein Obdachloser in Berlin: Bis 2018 könnte die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland auf über eine halbe Million klettern.

Wer über Wohnungslosigkeit spricht, redet oft von den großen Städten", hat Susanne Hahmann von der Diakonie Michaelshoven beobachtet. „Aber wir haben auch in ländlichen Regionen eine massive Wohnungsnot." Hahmann leitet den Bereich „Wohnhilfen Oberberg" der Diakonie im Oberbergischen Kreis – einer eher beschaulichen Gegend im Einzugsbereich von Köln. „Was hier passiert, ist total dramatisch", sagt sie. Vor ein paar Jahren waren die Notunterkünfte im Kreis fast leergezogen. Die Arbeit der Diakonie trug Früchte; neu geschaffene Beratungsangebote halfen vielen Menschen, drohende Wohnungslosigkeit rechtzeitig abzuwenden. Doch jetzt hat sich die Wohnungsnot laut Hahmann wieder verschärft. Das liege weniger an der Zuwanderung der vergangenen Monate, sagt sie: „Vor allem für alleinstehende Menschen, die auf den Nahverkehr angewiesen sind, gibt es einfach zu wenige passende und bezahlbare Wohnungen."

Diese Entwicklung ist in ganz Deutschland zu beobachten. Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat die Zahl der Menschen ohne eigenes Zuhause einen neuen Höchststand erreicht: Von 2012 bis 2014 sei sie um 18 Prozent auf 335.000 Menschen gestiegen, schätzt die BAG W. Bis 2018 erwartet sie einen weiteren Anstieg um 200.000. „Wohnungslosigkeit ist eine Frage von Armut", stellt die stellvertretende BAG W-Geschäftsführerin Werena Rosenke klar. Sie macht eine verfehlte Wohnungspolitik für das Dilemma verantwortlich: „Kontinuierlich fallen Wohnungen aus der Sozialbindung, ohne dass genügend neue Sozialwohnungen entstehen. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wurden verkauft. Jetzt hat man vielerorts keine Reserven mehr, um preiswerten Wohnraum zu schaffen." Mittlerweile steuern Bund, Länder und Kommunen mit neuen Wohnungsbauprogrammen gegen. Das werde aber kurzfristig nicht reichen, um den steigenden Bedarf zu decken, befürchtet Rosenke.

Oft ist es ein Geflecht aus materieller Armut und einer persönlichen Lebenskrise, das Menschen in die Obdachlosigkeit führt. Die Erfahrungen der BAG W zeigen: Wer einmal längere Zeit auf der Straße oder in einer Notunterkunft gelebt hat, findet schwer wieder zurück. Im Oberbergischen Kreis setzt man deshalb auf Prävention. Die Diakonie Michaelshoven hat ein Projekt gestartet, mit dem ein Konzept für vorbeugende Maßnahmen in ländlichen Räumen entwickelt werden soll. Als Träger der Wohnungslosenhilfe kooperiert sie mit den Jobcentern, Sozialämtern und Wohnungsämtern im Kreis. Zunächst werden die Beteiligten ausloten, wie die Kommunikation verbessert werden kann. „Wir wollen früher von Wohnungsnotfällen erfahren", sagt Susanne Hahmann. Die Diakonie hofft auf einen schnellen Zugang zu Daten wie vorliegende Räumungsklagen, um die Betroffenen aktiv aufsuchen und ihnen ein passendes Hilfsangebot machen zu können – etwa Beratung zu einem Antrag auf Mietschuldenübernahme.

Die stellvertretende BAG W-Geschäftsführerin Werena Rosenke

„Jetzt hat man vielerorts keine Reserven mehr, um preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Werena Rosenke

Das Land NRW ist Vorreiter

Unterstützt wird das Projekt vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales. Seit 1996 fördert das Land Kommunen, Kreise und freie Träger, die Modellprojekte für den Kampf gegen Wohnungslosigkeit entwickeln. Das Ministerium stellt hierfür jährlich 1,12 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld fließt einerseits in die Modellprojekte selbst, aber auch in den Transfer von Erfahrungen – etwa Workshops und Veranstaltungen – sowie wissenschaftliche Untersuchungen und eine genaue Statistik über Wohnungsnotfälle im Land. Es sei eine Schande, dass es im reichen Deutschland noch immer Wohnungslose gibt, sagt Minister Rainer Schmeltzer gegenüber der DEMO. „Im Lauf der letzten 20 Jahre haben wir mit unserem Landesprogramm viele gute Ansätze modellhaft erprobt und den Kommunen und Kreisen landesweit zur Nachahmung empfohlen, wie zum Beispiel die Entwicklung von integrierten Gesamthilfesystemen im ländlichen Raum, Erschließung von alternativem Wohnraum, zum Beispiel in einer ehemaligen Kirche, oder Konzepte zur Wohnraumversorgung von jungen Wohnungslosen unter 25 Jahren." Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes sei das Programm nun neu justiert worden, es konzentriere sich nun noch stärker auf den Faktor Prävention.

Auch nach 20 Jahren ist das Projekt noch immer bundesweit einmalig. Werena Rosenke von der BAG W bedauert das. Sie wünscht sich vergleichbare Anstrengungen auch in anderen Bundesländern.

Mehr zum Thema
www.demo-online.de

FOTO: THOMAS KOEHLER/ PHOTOTHEK.NET, CARL-FRIEDRICH HÖCK

Älteren droht Altersarmut

Ergebnisse der Enquete-Kommission des Schweriner Landtages

Autor Harald Lachmann

Ein Schwerpunkt der Sommertour von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) im September durch Mecklenburg-Vorpommern galt reiferen Semestern. Sie besuchte in Karlshagen die Seniorenbegegnungsstätte „Kiek in“ und in Greifswald das „Gesellschaftshaus“. Dahinter verbirgt sich ein bürgerschaftliches Wohnprojekt, das bewusst auch „Personen mit geringeren Einkünften“ einbindet, um mit solidarischen Formen gerade Älteren mehr soziale Sicherheit zu ermöglichen. Denn dem Land droht „zunehmende Altersarmut, die die Lebensleistung der älteren Generation immer weniger würdigt und durch Sozialeinschnitte deren Lebensabend gefährdet“. So heißt es in dem soeben im Landtag vorgestellten Bericht „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Eine Enquete-Kommission unter Vorsitz des Schweriner SPD-Landtagsabgeordneten Jörg Heydorn hatte das Dossier erarbeitet und dabei besorgniserregende Fakten vorgelegt.

So ist in Mecklenburg-Vorpommern „jeder Vierte zwischen 50 und 64 von Altersarmut bedroht“. Jeder Dritte hat zudem „erhebliche Angst, im Ruhestand zu verarmen“. Schon jetzt seien viele Senioren trotz langen Erwerbslebens auf Sozialbezüge wie Wohngeld angewiesen. Sogar Normalverdienern drohe schon bald die Altersarmut, warnt der Bericht. Denn selbst ein Monatsbrutto von 2500 Euro reiche bei 35 Beitragsjahren „ab dem Jahre 2030 nur für eine Monatsrente auf Sozialhilfe-Niveau von 688 Euro“. Dies sei auch eine Folge davon, dass das Land jahrelang „mit Hungerlöhnen“ geworben und Mecklenburg-Vorpommern zum „Niedriglohnland der Bundesrepublik“ gemacht habe.

> **„Die Möglichkeiten, Versorgungs- und Unterstützungsangebote zu machen, sind bei uns im Land sehr unterschiedlich.**
>
> Jörg Heydorn, (SPD) Vorsitzender der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg Vorpommern“

Schon lange warnen auch andere bürgerschaftliche Initiativen vor diesem Trend, etwa das Törpiner Forum bei Demmin. Es profiliert sich inzwischen als Zentrum eines Bundesprojektes zur Schulung von Senioren im Umgang mit altengerechten Assistenzsystemen und für selbstbestimmtes Wohnen. Zudem betreibt der Verein schon zehn Jahre in Eigenregie einen Bürgerbus. Mit ihm rückt er einer „zunehmend unbefriedigenderen Basisversorgung älterer Menschen“ auf dem Lande zu Leibe. Drohten doch manche Regionen durch den systematischen Abbau von Infrastruktur inzwischen „zivilisatorisch zu veröden“. Dies erhöhe noch den Druck, in die Altersarmutsfalle zu stolpern.

Der Bericht kann unter enquete@landtag-mv.de oder telefonisch 0385-525-1400 kostenfrei bestellt werden.

Siehe auch: www.demo-online.de/blickpunkt/demografie-kommunen-wandel

Anzeige

„Joblinge“ haben gute Chancen auf Ausbildung

Ein Programm hilft jungen Langzeitarbeitslosen an Rhein und Ruhr beim Sprung ins Berufsleben

Autorin Maicke Mackerodt

Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss liegt in Nordrhein-Westfalen weit über dem Bundesdurchschnitt. Viele Schulabbrecher haben nicht nur schlechte Noten, sondern auch Ärger mit der Polizei oder sind völlig orientierungslos, was nach der Schule passieren soll. Allein in NRW suchten zuletzt im August 2016 mehr als 76.000 Frauen und Männer unter 25 Jahren einen Arbeitsplatz. Wenn sie überhaupt suchen. Das bundesweite Projekt „Joblinge“ hilft seit vier Jahren auch in NRW gering qualifizierten Jugendlichen mit sogenannten „Vermittlungshindernissen“ erfolgreich beim Sprung ins Berufsleben.

AUF DER SUCHE

76.000

Männer und Frauen unter 25 Jahren suchten im August 2016 in NRW einen Job.

7,6

Prozent betrug die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in NRW im August 2016.

QUELLE: STATISTA.COM

Ein Gruppenprojekt mit Jugendlichen, die an der Initiative „Joblinge“ teilnehmen. Sie unterstützt junge Menschen auf dem Weg in den regulären Arbeitsmarkt.

FOTO: DAVID AUSSERHOFER

„Guten Tag, ich bin ‚Jobling‘ und würde gerne diesen Stein mit Ihnen gegen etwas tauschen.“ Wer diesen Satz in der Troisdorfer Fußgängerzone hörte, hatte vermutlich einen „Jobling“ getroffen: Das sind Teilnehmer eines Programmes, das jungen Langzeitarbeitslosen zu einer Berufsausbildung verhilft. Dabei ist der Steinetausch ein wichtiger Schritt, mutig und offen auf andere Menschen zuzugehen. Joblinge heißt die gemeinnützige Aktiengesellschaft (AG), die Anfang des Jahres auch in Troisdorf den ersten Standort für den Rhein-Sieg-Kreis eröffnet hat. Im bundesweit drittgrößten Kreis lag die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt bei 6,3 Prozent. Unter dem Motto „Praxis vom ersten Tag an“ will „Joblinge“ Jugendliche für eine Ausbildung fit machen – mit Sozialpraktika sowie Betreuung durch ehrenamtliche Mentoren und Seminaren.

Starthilfe für die Jugendlichen

Die Unternehmensberatung The Boston Consulting Group und die Eberhard von Kuenheim Stiftung AG gingen im Jahr 2007 der Frage nach, wie benachteiligte Jugendliche im Arbeitsleben Fuß fassen können. So entstand das Projekt „Joblinge“. 2008 eröffnete der erste Standort.

In Troisdorf kümmern sich Mitarbeiter ein halbes Jahr lang um die ersten 60 Teilnehmer, die vom Jobcenter geschickt werden, mit dem die AG eng zusammenarbeitet. Die Teilnahme ist freiwillig. „Die meisten waren noch nie in Ausbildung. Wer fünf Jahre nix gemacht hat, für den ist das Vollzeitprogramm eine Hürde“, weiß Leiterin Petra Balzer, die auch für den Standort Köln mit 80 „Joblingen“ verantwortlich ist. „In Troisdorf gibt es viele junge Menschen, die seit Jahren chancenlos und auf dem Papier für den ersten Arbeitsmarkt ungeeignet waren. Dabei sind das tolle Jugendliche, die einfach nur Starthilfe brauchen.“

„Joblinge“ lernen, wie eine gute Bewerbung aussieht, üben sich selbstbewusst vorzustellen und absolvieren – betreut von ehrenamtlichen Mentoren – vier bis fünf Praktika von je zwei Wochen. „Vorher hat kein Schwein an mich geglaubt und ich als Allerletzter“, so der 19 Jahre alte Medem, der mittlerweile einen Ausbildungsplatz hat. „Die ganze Erfahrung mit ‚Machen, Machen, Machen‘ bei ‚Joblinge‘ war das Anstrengendste und Beste, was mir je passiert ist!“ Fünf Monate nach dem Start „haben wir schon 70 Prozent in Ausbildung gebracht“, freut sich Petra Balzer. „Wir muten den jungen Menschen mit den gemeinnützigen Projekten viel zu. ‚Joblinge‘ ist kein Spaziergang, aber die hohe Erfolgsquote gibt uns recht. Unser Pfund ist die unternehmensaffine Sprache. Die Unternehmen wissen: ‚Joblinge‘ ist keine Mogelpackung.“

Chancengeber sind gefragt

Das Ruhrgebiet kämpft mit einer überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit. Fast jeder zehnte junge Mensch sucht im Pott einen Job. Allein im Kreis Recklinghausen haben mehr als 2000 junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren keine Ausbildungs- und Arbeitsstelle. Um neue Perspektiven zu bieten, eröffnete NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) im Februar 2016 in Recklinghausen bereits den dritten „Joblinge“-Standort im Ruhrgebiet. „Manchmal müssen Talente erst zur Entfaltung gebracht werden“, sagte Schirmherr Duin. „Hier sind Chancengeber gefragt, zu helfen, doch noch einen Ausbildungsplatz zu finden.“ Pro „Jobling“ kostet das sechsmonatige Programm zwischen 5000 und 8000 Euro.

Die Erfolgsquote ist auch im Ruhrgebiet hoch: 65 bis 70 Prozent Damit kann allein die „Joblinge“-AG-Ruhr, die auch in Essen und Gelsenkirchen aktiv ist, 220 Jugendliche jährlich fördern. Wer bei den „Joblingen“ unterkommt, hat gute Erfolgsaussichten. Die Abbrecherquote liegt bei unter zehn Prozent, weiß Ruhr-Projektleiter Raphael Karrasch. „Wenn die jungen Leute zu uns kommen, ist in deren Leben schon viel passiert, bloß Wertschätzung hat es wenig gegeben.“ Mehr als 50 Betriebe im Kreis unterstützen die Initiative mit Praktikums- und Ausbildungsplätzen, Mentoren, Netzwerken und Spenden. „Die Erfolgsfaktoren der ‚Joblinge‘-Projekte sind die enge Verzahnung mit dem Jobcenter, die Arbeitgebernähe und die persönlichen Mentoren“, so Landrat Cay Süberkrüb (SPD).

Mehr Informationen

www.joblinge.de

www.demo-online.de/artikel/lokale-initiativen-integration-fluechtlingen-arbeitsmarkt-beitragen

Sprache früh fördern

Das preiswürdige Konzept der Dortmunder Kinderstuben

Autorin Silke Hoock

In der Dortmunder Nordstadt leben viele Familien mit Migrationshintergrund. Fehlende Kenntnis der deutschen Sprache ist ein Hauptgrund dafür, dass die Eltern häufig ihre Kinder gar nicht erst bei den Kitas anmelden. Dieses Problem geht die Stadt mit OB Ullrich Sierau (SPD) an der Spitze mit der Einrichtung von Kinderstuben für ein- bis dreijährige Kinder an. So sollen die Kinder durch individuelle Sprachförderung auf den Besuch der Kitas vorbereitet werden. Die Kinderstuben befinden sich in Wohnungen, Büros oder Ladenlokalen großer Mietshäuser, ganz in der Nähe der Familien. Um die Kinder kümmern sich Tagesmütter. Die Eltern werden persönlich beraten und bei der Suche nach einem Kita-Platz unterstützt. Beim Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ wurden die Kinderstuben als „herausragendes Beispiel sozialen Engagements“ in Berlin in der Kategorie „Bildung, Kultur, Gesundheit“ geehrt.

„Wir freuen uns über den Preis ‚Soziale Stadt 2016‘. Damit wird der Mut anerkannt, neue, ungewöhnliche Wege zu gehen. Unsere Idee, dass kleinräumige Strukturen, individuelle Angebote und eine partnerschaftliche Haltung zu Chancengerechtigkeit und Lebensqualität der Familien in Dortmund beitragen, konnte damit bundesweit überzeugen“, erklärte Marion Ache, Leiterin des städtischen Geschäftsbereiches Kindertagespflege.

Die Kinderstuben, die kindgerecht eingerichtet sind und einen Außenspielplatz bieten, richten sich an Kinder und Eltern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. In einer Kinderstube werden täglich ab 8 Uhr bis zu neun Kinder von drei Tagesmüttern gemeinsam betreut. Die Tagesmütter haben damit sehr gute Möglichkeiten, jedes Kind individuell zu fördern– ein Schwerpunkt des Angebotes ist die Sprachförderung. Am späten Mittag öffnen die Kinderstuben ihre Türen für die Eltern. Dann finden gemeinsame Aktivitäten von Kindern, Eltern und Tagesmüttern statt.

FOTO: FABIDO/MANUELA PIECHOTA

„Es wird der Mut anerkannt, neue, ungewöhnliche Wege zu gehen.“

Marion Ache,
Leiterin der städtischen Kindertagespflege

„Die Dortmunder Kinderstuben stehen beispielhaft für gelungene Integrations- und Frühförderung, die auch die Eltern mit einbezieht und die ein Netzwerk mit anderen sozialen Einrichtungen oder Hilfeanbietern im Stadtteil aufgebaut hat. Angesichts der zunehmenden sozialen Integrationsaufgaben wollen wir die soziale Stadtentwicklung ab 2017 mit zusätzlichen 300 Millionen Euro fördern“, erklärte Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bauministerium anlässlich der Preisverleihung. Der Wettbewerb „Soziale Stadt“ ist eine Gemeinschaftsinitiative des AWO Bundesverbandes, des Deutschen Städtetages, des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Deutschen Mieterbundes und des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung.

Anzeige

In der Schlange

Die Tafel Bochum-Wattenscheid versorgt rund 13.000 Menschen pro Woche – eine Ergänzung zur Daseinsvorsorge

Autorin Silke Hoock

Rund 13.000 Kunden stehen hier wöchentlich an und packen ein, was gerade im Angebot ist. Heute gibt es Milchbrötchen, Salatköpfe und Bratwürstchen im Plastikschlauch – noch eine Woche haltbar. Montags bis freitags ziehen die Bedürftigen an den Stapelkisten vorbei, um kostenlos Lebensmittel zu erhalten. Sie alle sind Kunden der Bochum-Wattenscheider Tafel, eine der größten Deutschlands. Denn in Bochum ist Armut keine Seltenheit. „Das Geld, dass ich sparen kann, weil ich hier Kunde bin, kann ich an anderer Stelle gut gebrauchen", sagt ein Vater von zwei Kindern, der seit zwei Jahren arbeitslos ist. Er schämt sich nicht, hier anzustehen, „ich habe mir das nicht ausgesucht".

Dass die Tafel in der von SPD und Grünen gemeinsam regierten Stadt Bochum besonders groß ist, hat damit zu tun, dass man hier in den vergangenen Jahren große Arbeitsplatzverluste hinnehmen musste. So schloss der Autokonzern Opel vor zwei Jahren seinen Bochumer Standort. 3000 Beschäftigte wechselten in eine Transfergesellschaft. 2008 hatte sich zudem der Handyhersteller Nokia verabschiedet, 2300 Beschäftigte kostete diese Entscheidung den Job. Bochum leidet mit aktuell 10,1 Prozent Arbeitslosenquote unter hoher Arbeitslosigkeit. Viele Menschen sind auf staatliche Leistungen angewiesen. Nach Angaben des Bochumer Sozialdezernates beziehen 22.778 Bedarfsgemeinschaften, in denen 43.829 Menschen leben, Hartz IV. Dass 11.157 dieser Menschen nicht mehr erwerbsfähig sind, liegt daran, dass es sich hauptsächlich um Kinder handelt: 2.206 sind unter 3 Jahre, 2.174 zwischen 3 bis unter 6 Jahre, 6.358 zwischen 6 bis unter 15 und Jahre und 419 über 15 Jahre alt.

Die Tafel in Bochum ist seit ihrer Gründung vor 16 Jahren stark expandiert, weil die Not und somit der Bedarf an kostengünstigen Lebensmitteln für sozial benachteiligte Menschen immer größer wurde. Alle Tafel-Kunden können nachweisen, dass sie bedürftig sind, indem sie den Hartz-IV-, Renten- oder Bafög-Bescheid vorlegen oder die BüMA, die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender. Ein starkes Anwachsen der Kundschaft bei gleichbleibenden Lebensmittelspenden bedeutet aber zwangsläufig: Jeder bekommt etwas weniger.

Tafel ergänzt staatliche Leistung

Dies alles lässt ein Problem zu Tage treten: Die Tafeln allein können das Problem von Armut, von der besonders Rentner, Alleinerziehende, Erwerbslose, Niedriglöhner und Flüchtlinge betroffen sind, nicht lösen. In der Bochum-Wattenscheider Tafel hat man sich daher zur Beruhigung aller Beteiligten ein Ritual angewöhnt. Vor der Lebensmittelausgabe spricht Tafelgründer Manfred Baasner ein Gebet. „Sei er arm oder reich, egal welche Sprache, Religion oder Hautfarbe, vor Gott sind wir alle gleich." Dass die Tafel ein ergänzendes Angebot darstellt und keineswegs eine staatliche Leistung ist, darauf legen Baasner und seiner 160 ehrenamtlichen Helfer großen Wert. Immer dann, wenn es zum Beispiel zu Unmut unter den Kunden kommt oder zu Neiddebatten. „Es gibt Leute, die sich beschweren und Angst haben, zu wenig zu bekommen", erzählt eine Mitarbeiterin der Tafel. Doch dann erinnere man die Kunden daran, dass die Lebensmittelverteilung eine freiwillige, zusätzliche Leistung ist.

> **„Sei er arm oder reich, egal welche Sprache, Religion oder Hautfarbe, vor Gott sind wir alle gleich.**
>
> Manfred Baasner, Tafelgründer

Doch inzwischen beschränkt sich die Bochumer Tafel längst nicht mehr darauf, Lebensmittel zu verteilen. Ihr Angebot umfasst Beratung bei Behördengängen, Sprachkurse, Möbelausgabe und anderes. Im ehemaligen ersten Baumarkt Bochums ist so etwas wie ein Dienstleistungszentrum für Bedürftige entstanden. „Hier bekommt man Hilfe. Ganz unkompliziert und man fühlt sich nicht schlecht dabei", berichtet eine Tafelkundin, 78 Jahre alt.

Der Politikwissenschaftler und Armutsforscher Professor Christoph Butterwegge kritisiert, dass sich der Staat auf das Engagement der 60.000 Ehrenamtlichen der Tafeln verlässt und es aus eigenem Interesse unterstützt. Den Sozialstaat zu ergänzen sei gut und notwendig, sagt er, aber er dürfe nicht durch karitatives Handeln ersetzt werden.

Doch welche Rolle übernimmt die Tafel aus Sicht der Stadt Bochum? Ersetzt sie den Staat? Keineswegs meint Sozialdezernentin Birgit Dietinger: „Die Tafeln in Deutschland nehmen keine Aufgaben wahr, die die Stadt im Rahmen der Daseinsvorsorge für Bürger übernehmen müsste. Sie ergänzen die öffentlichen Grundsicherungsleistungen und runden sie durch wertvolles bürgerschaftliches Engagement ab."

Mehr zum Thema Tafel
www.tafel.de

FOTO: SILKE HOOCK

Bekommen Hilfe bei der Tafel in Bochum-Wattenscheid: Rentner und Alleinerziehende, Erwerbslose oder Asylsuchende.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Wirtschaft fördern – Regionen stärken

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt darauf, kleine und mittlere Unternehmen zielgenau zu unterstützen

Autorin Sabine Poschmann

Produktion von Regelventilen bei der Firma HORA in NRW: Die SPD will gute Bedingungen für den Mittelstand schaffen.

FOTO: UTE GRABOWSKY/PHOTOTHEK.NET

Die deutsche Wirtschaft wächst – sehr unterschiedlich. Während wir insgesamt ein solides Wachstum und Rekordbeschäftigung verzeichnen können, müssen wir bei genauerem Hinsehen feststellen, dass das längst nicht auf alle Regionen zutrifft. Neben dem Nord-Süd- und dem Ost-West-Gefälle gibt es deutliche Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und großstädtischen Ballungszentren. Ähnlich uneinheitlich präsentieren sich die Gestaltungsspielräume der Kommunen sowie die Lebensverhältnisse ihrer Einwohner.

Wachstum durch ein gesamtdeutsches Fördersystem

Eine gezielte Wirtschaftsförderung muss Regionen bei der Anpassung an sich wandelnde Rahmenbedingungen unterstützen. Sie hilft, funktionierende Strukturen aufzubauen und die wirtschaftliche Situation einer Region nachhaltig zu verbessern. Um ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen nach dem Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019 aufzubauen, müssen wir unser bestehendes Fördersystem allerdings auf neue Füße stellen. Das wirkungsvolle Werkzeug zur Stärkung strukturschwacher Regionen, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, muss dafür reformiert werden. Zudem muss gewährleistet sein, dass die Kommunen die Mittel auch abrufen können. Das heißt, dass sie mit genügend planerischen Kapazitäten wie auch finanziellen Mitteln ausgestattet sein müssen.

Gleichzeitig muss die Förderung nach Himmelsrichtungen aufgehoben werden. Erfolgreiche Instrumente wie „Unternehmen Region“ oder „Inno-KOM-Ost“, die bislang auf Ostdeutschland ausgerichtet waren, sollen dann bundesweit zur Verfügung stehen. Wichtig ist dabei, dass sie nicht nur übergestülpt werden, sondern dass die Förderkriterien den unterschiedlichen Gegebenheiten der Regionen angepasst werden.

> **„Schnelles Internet in allen Regionen ist Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft.“**
>
> Sabine Poschmann, Beauftragte der SPD-Fraktion für Mittelstand und Handwerk

Ein starker Mittelstand für starke Kommunen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind Motor für Wachstum und Beschäftigung. Sie sorgen vor Ort für Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie für Steuereinnahmen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt daher auf Unterstützung des Mittelstandes durch passende Rahmenbedingungen und zielgenaue Maßnahmen.

Schnelles Internet in allen Regionen Deutschlands ist heutzutage Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft und somit wettbewerbsentscheidend. Der erste Schritt dahin ist das Breitbandausbauprogramm, das die SPD-Fraktion mit der großen Koalition ins Leben gerufen hat. Mittelfristig müssen wir eine digitale Infrastruktur schaffen, die auf einem Gigabit-Glasfasernetz basiert.

Nur so können wir auch eine erfolgreiche Entwicklung von Industrie 4.0 – der Verknüpfung von Produktion mit dem Internet – gewährleisten. Dazu brauchen KMU in diesem Bereich aber auch das entsprechende Know-how. Das vom Bundeswirtschaftsministerium initiierte Netzwerk aus 4.0-Kompetenzzentren informiert, qualifiziert und bietet Unternehmen praxisnahe Anschauungs- und Erprobungsmöglichkeiten.

Um den Mittelstand darüber hinaus für die Zukunft gut aufzustellen, werden wir KMU stärker im Bereich Forschung und Entwicklung unterstützen. Hier besteht Handlungsbedarf, denn ihre Innovationsausgaben stagnieren seit Jahren. Die SPD-Fraktion setzt sich daher für transparente und leichtere Zugänge zu Fördertöpfen sowie eine Aufstockung von erfolgreichen Programmen wie dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ein.

Damit die jungen Pflänzchen des Mittelstandes, die Start-ups, weiter wachsen können, wollen wir bessere Bedingungen für junge Unternehmen und Investoren. Letztere unterstützen wir mit notwendigem Kapital, das Gründer aufgrund fehlender Sicherheiten von den Banken oftmals nicht erhalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen drei Jahren verschiedene Investitionsprogramme angeschoben. Mit ihnen haben wir die Kommunen entlastet und den Mittelstand gestärkt. Damit dies so bleibt, wollen wir weiter für eine kluge und langfristig orientierte Gestaltung unserer Zukunft sorgen: im Interesse des Mittelstandes, der Beschäftigten und der Regionen.

V.i.S.d.P.:
Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, petra.ernstberger@spdfraktion.de

Stadt und Land – Hand in Hand

Nordrhein-Westfalen besteht seit 70 Jahren

Autor Bernhard Daldrup

Weder für eine der bedeutenden Städte noch für eines der traditionsreichen Landesteile wären 70 Jahre des Bestehens Grund für eine besondere Feier. Anders für das Bundesland Nordrhein-Westfalen: NRW ist eine Folge des politischen Zusammenbruchs Deutschlands. Die damals offene Frage ist nach 70 Jahren eindeutig beantwortet: Ja, es ist gut gegangen und der 70. Geburtstag deshalb durchaus ein Grund zum Feiern!
Noch bevor die Bevölkerung des neuen Bundeslandes aufgefordert war, ihren ersten Landtag zu wählen, war bereits mit der Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 ein demokratisches Fundament gelegt. Basis dafür war eine neue Gemeindeordnung, die den Stadtdirektor als Verwaltungsfachmann und den Bürgermeister als ehrenamtlichen Repräsentanten einführte und die Kommunalpolitik als „Schule der Demokratie" etablierte. Wie in keinem anderen Flächenland prägen heute Städte und Gemeinden mit einer starken kommunalen Demokratie das Land. „Stadt und Land – Hand in Hand" – auch dieser Slogan kennzeichnet NRW und ist zentrale Leitlinie von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die seit ihrem Amtsantritt für den Schulterschluss mit den Kommunen steht.

Der sozialen Tradition verpflichtet

In den 70 Jahren seines Bestehens hat NRW manche Herausforderung bewältigen müssen: Der Zustrom von Menschen – seien es Flüchtlinge oder „Gastarbeiter" – ist für NRW keine neue Aufgabe. Demografische Veränderungen begleiteten dieses Bundesland immer. NRW ist den globalen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt, muss die komplexen Veränderungen einer digitalen Zukunft gestalten und dabei der sozialen Tradition des Landes verpflichtet bleiben. Keine leichte Aufgabe – aber: Einfach können auch andere! Glückauf und Guet goan NRW!

Den ausführlichen Artikel lesen Sie unter www.demo-online.de/artikel/stadt-land-hand-hand

Drei Fragen an

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK, zur sozialen Spaltung in den Kommunen

Die Bundesregierung arbeitet gerade mit Hochdruck am 5. Armuts- und Reichtumsbericht. Wie nimmst Du selbst die soziale Spaltung in den Kommunen wahr?
Wir haben noch keine Banlieues wie in Frankreich – und auch keine No-Go-Areas, auch wenn die CDU diese im Wahlkampf herbeiredet. Trotzdem ist die soziale Spaltung auch in unseren Kommunen Fakt. Für eine Volkspartei wie die SPD ist das nicht hinnehmbar. Wir wollen die „Stadt für Alle" mit einer guten Mischung in den Quartieren – und zum Beispiel auch in den Schulen.

Genauso bedenklich wie die Segregation innerhalb der Städte ist die Spaltung zwischen den Kommunen. Seit Jahren gilt: Arme Städte werden immer ärmer, reiche Städte werden reicher. Das ist kein guter Trend. Es widerspricht dem Grundgesetz. Dort ist klar das Ziel formuliert: Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Art. 72 GG).

Was kann, was muss getan werden, um arme Kommunen aus der Abwärtsspirale zu befreien?
Wir müssen weg von kleinen Einzellösungen und hin zu einer strukturellen Verbesserung. Entlastung brauchen alle Kommunen, etwa bei den wachsenden Kosten für die Eingliederung behinderter Menschen. Besonders dringlich ist es aber für arme Kommunen. Geringe Einnahmen aus der Gewerbesteuer und hohe Arbeitslosigkeit gehen meist Hand in Hand. So kommt kein Geld in die Kasse – es fließt aber sehr viel ab.

Deshalb war es so wichtig, dass die SPD im Koalitionsvertrag eine Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro verankern konnte. Das bietet die Chance, den besonders gebeutelten Kommunen unter die Arme zu greifen. Die jetzt diskutierte Verteilung dieser Mittel bleibt aber hinter unseren Erwartungen zurück. Sie bevorzugt reiche Städte und benachteiligt arme. Viel wäre gewonnen, wenn stattdessen der Bund die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger übernimmt – denn die spiegeln die Lasten einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit.

Wie geht es weiter hinsichtlich finanzieller Entlastung der Kommunen?
Wir Kommunen werden hart bleiben. Auch aus der SPD-Bundestagsfraktion gab es viele kritische Stimmen. Ich sehe den Bund eindeutig in der Pflicht. Nötig ist eine stärkere Orientierung an den sozialen Lasten in den Kommunen und nicht an den Befindlichkeiten von Bund und Ländern. Die sozialdemokratischen Werte von Solidarität und Gerechtigkeit sollten schließlich nicht nur zwischen Individuen gelten, sondern im ganzen Land.

SGK-Seminar für Frauen

Am 14./15. Oktober 2016 veranstaltet die Bundes-SGK wieder das Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus" in Springe bei Hannover. Gemeinsam mit zwei erfahrenen Trainerinnen werden Karrierewege und Voraussetzungen des Erfolgs für Frauen in der Kommunalpolitik erörtert und individuelle Vorstellungen und Pläne entwickelt. Auch erfolgreiche Bürgermeisterinnen kommen zu Wort. Das Seminarkonzept setzt ganz bewusst auf den persönlichen Austausch und eine dialog- und teamorientierte Arbeitsweise. *SGK*

Programm-Informationen und ein Anmeldebogen sind zu finden unter: www.bundes-sgk.de/veranstaltungen.

SPD will Vorkaufsrecht

Die SPD-Fraktion im Bundestag will eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, um Kommunen ein Vorkaufsrecht auf bundeseigene Immobilien zu verschaffen. „Künftig soll es bei Verkäufen durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben eine kommunale Erstzugriffsoption geben", teilt die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe mit. Mit einer solchen Gesetzesänderung werde zukünftig eine Immobilienspekulation durch den Bund verhindert. Widerstand ist von Bundesfinanzminister Wolfang Schäuble zu erwarten: Er will auch das bestehende Mitbestimmungsrecht des Bundesrates beim Verkauf wertvoller bundeseigener Liegenschaften beschneiden. *CFH*

Weniger Bürokratie

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum Abbau überflüssiger Schriftformerfordernisse beschlossen. Die elektronische Kommunikation wird erleichtert. Zahlreiche Schriftformerfordernisse im Verwaltungsrecht des Bundes wurden ganz gestrichen oder durch ein einfaches, elektronisches Verfahren ersetzt. Mehr als 460 Gesetze oder Rechtsverordnungen sind von dem Entwurf betroffen. Beispielsweise sollen die Zulassung zur Handwerksmeisterprüfung elektronisch beantragt und Einwendungen gegen Immissionsschutzanlagen elektronisch vorgebracht werden können. *KB*

FOTO: DIRK BLEICKER

www.demo.de/aktuelles

Mehr Geld für soziale Brennpunkte

Das Bundeskabinett hat beschlossen, die Förderung für benachteiligte Stadtquartiere deutlich aufzustocken. 1,2 Milliarden Euro zusätzlich sollen zwischen 2017 und 2020 an die Kommunen fließen – jeweils 300 Millionen Euro pro Jahr. Die Förderung ist Bestandteil einer ressortübergreifenden Strategie zur sozialen Stadt („Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier"). Mit dem zusätzlichen Geld sollen Baumaßnahmen in Schulen, Kitas oder Stadtteilzentren finanziert und soziale Projekte besser unterstützt werden, teilt die Bundesregierung mit. *CFH*

www.demo-online.de/aktuelles

Bayern führt Wohnsitzauflage ein

Seit dem 6. August ist das neue Integrationsgesetz der Bundesregierung in Kraft. Seitdem haben die Bundesländer die Möglichkeit, eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber einzuführen. In Bayern gilt eine entsprechende Regelung bereits: Die Bezirksregierungen dürfen seit dem 1. September anerkannten Asylbewerbern für drei Jahre einen Wohnsitz vorschreiben. Damit soll die Integration in den Kommunen erleichtert und verhindert werden, dass der überwiegende Teil der Flüchtlinge in die großen Städte zieht, wo der Wohnraum knapp ist. Mehrere weitere Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, wollen ebenfalls eine Wohnsitzauflage einführen. *CFH*

Luftverschmutzung: Dedy befürchtet Fahrverbote

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy befürchtet, dass Städte bald durch Gerichte gezwungen werden könnten, Fahrverbote zu erlassen. Rund 80 Städte hätten Schwierigkeiten mit den Grenzwerten für Stickoxide, sagte er dem „Tagesspiegel". Die Gründe: Zum einen habe sich die Zahl der Diesel-Pkws seit 2000 mehr als verdoppelt. „Der zweite Grund ist, dass diese Fahrzeuge – wie der Abgas-Skandal bewiesen hat – mehr Schadstoffe ausstoßen, als in den Papieren steht", so Dedy. *CFH*

www.tagesspiegel.de

Visionär für seine Vaterstadt

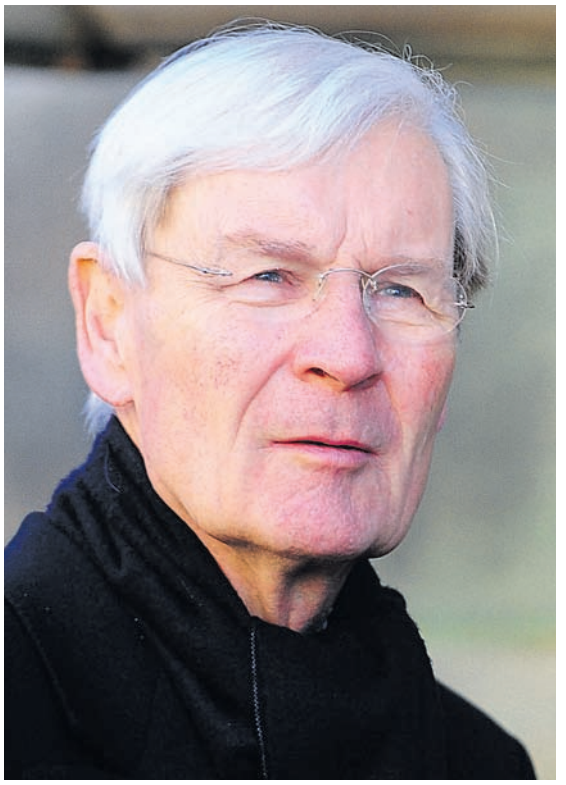
Am 24. August starb Hamburgs früherer Erster Bürgermeister Henning Voscherau. Als Nachfolger von Klaus von Dohnanyi hatte er das Amt von allen Nachkriegsbürgermeistern am längsten inne: neun Jahre – von 1988 bis 1997

Autor Hans-Peter Strenge, ehemaliger Bezirksamtsleiter Hamburg-Altonas und Staatsrat a. D.

Der aus einer Schauspielerfamilie – Vater und Onkel gehörten zum Thalia- bzw. zum Ohnsorg-Theater – stammende gebürtige Hamburger studierte Jura und war bis auf die neun Bürgermeisterjahre mit Leidenschaft als hanseatischer Notar tätig.

Seine politische Karriere begann er in der Kommunalpolitik, als er im Jahr 1970 in die Bezirksversammlung des einwohnerstärksten Hamburger Bezirks Wandsbek einzog und schon bald den Vorsitz der Fraktion übernahm.

Vier Jahre später wurde er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und auch dort später – im Jahr 1982 zu Beginn der Ära Dohnanyi – Fraktionsvorsitzender. Nachdem Dohnanyi im Konflikt um die besetzten Häuser in der St. Pauli-Hafenstraße 1988 zurückgetreten war, schlug Voscheraus Stunde: Allerdings nicht einfach so: Sondern er verlangte von seiner Partei unter Abkehr der bis dahin geltenden Gepflogenheiten freie Auswahl seiner Senatoren – ohne Einzelabstimmung auf einem Landesparteitag.



Henning Voscherau (*1941 † 2016)

Nur über ihn selbst solle man geheim abstimmen: „Und wer mich nicht will, der soll mir jetzt in den Arm fallen, später verlange ich Solidarität mit dem Senatschef" – dem Verfasser dieser Zeilen ging es als Delegiertem damals durch und durch…

Die SPD folgte Henning Voscherau, und sie fuhr gut dabei: In den Wahlen 1991 eroberte er für die SPD die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, ein Triumph, der freilich nur zwei Jahre währte, da das Hamburgische Verfassungsgericht 1993 die Wahlen wegen Kandidatenmauscheleien ausgerechnet bei der CDU-Opposition für ungültig erklärte. Bei den Neuwahlen reichte es nicht zur alleinigen Mehrheit, der SPD-Landesvorstand votierte knapp für Rot-Grün, aber Voscherau zog am Ende die von CDU-Rebellen gegründete bürgerliche STATT-Partei vor, mit der er für vier Jahre einen Kooperations-Senat bildete.

Im Jahr 1997 büßte die SPD gut vier Prozent ein und landete bei 36 Prozent. Das war zu wenig für Henning Voscherau, der vorher für sich und im Wahlkampf gegenüber den Wählern die Messlatte höher gelegt hatte. So trat er noch am Wahlabend zurück, wohl auch, weil die Mehrheitsverhältnisse nur die von ihm ungeliebte Konstellation Rot-Grün zuließen.

„Wenn – dann ja, wenn nicht – dann nicht" – das war 1997, aber auch in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender und Erster Bürgermeister Voscheraus konsequente Ansage. So befriedete ausgerechnet er, dem das weite Teile seiner Partei am wenigsten zutrauten, den Konflikt um die Hafenstraße.

Henning Voscherau war ein großartiger Visionär für seine Vaterstadt. Das galt für Hamburgs Bezüge zu seinem 1945 verlorenen Hinterland entlang der Elbe, wie seine persönlich engagiert wahrgenommene Rolle in der Städtepartnerschaft mit Dresden seit 1987 zeigte. Bei Erich Honecker erreichte er Ostern 1989 die Einbeziehung Hamburgs in den kleinen Grenzverkehr mit der DDR. Und unmittelbar nach dem Fall der Mauer engagierte sich Voscherau als Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission Bund/Länder und als Bundesratspräsident im Detail für den Einigungsprozess.

Die Hafencity als Chance, Hamburgs Gesicht zum Wasser von der Alster stärker der Elbe zuzuwenden, war in den Anfängen Voscheraus eigene Vision, wie er überhaupt in Fragen der Stadtentwicklung immer wieder Weitsicht bewies.

Ein beeindruckender und wenig bekannter Aspekt zum Schluss: Wenn er vom Jahr 1933 erzählte – sein Großvater hatte als Sozialdemokrat seine Arbeit im Hafen verloren – von den Fehlern der SPD bei der Einschätzung Hitlers, vom Kampf des Reichsbanners und der Eisernen Front, von deren Schutzformationen, die weder beim Preußenschlag 1932 noch im Januar 1933 mobilisiert wurden, dann wurde die tiefe Verwurzelung und Verbundenheit Henning Voscheraus mit der Sozialdemokratie und ihren Werten deutlich.

FOTO: REVIERFOTO / DPA

Gemeinsam für mehr Klimaschutz: Beim Projekt „InnovationCity Ruhr" ziehen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang.

Klimaschutz und Stadtumbau

Bottrop ist die Musterstadt für das ganze Ruhrgebiet

Autor Ulf Buschmann

Report
Wirtschaftsförderung und Standortpolitik

PILOTGEBIET

67.000

Einwohner und mehr als 22.000 Arbeitsplätze haben die betroffenen Stadtteile in Bottrop.

QUELLE: ICRUHR.DE

Grau ist alle Theorie – auf diese alte Volksweisheit setzen die Verantwortlichen, wenn es um die Zukunft des Ruhrgebiets geht. Denn wo die traditionellen industriellen Kerne wegbrechen, muss Neues her. Eine von zwei Stellschrauben dafür ist der Umbau der Städte, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in ihrer Entwicklung an eben jenen Industrien orientiert hatten. Schraube Nummer zwei ist der Klimawandel beziehungsweise Klimaschutz. Beides haben die Verantwortlichen – so ungewöhnlich es klingen mag – unter den einen sprichwörtlichen Hut bekommen.

InnovationCity Ruhr heißt das Projekt. Mehr als 30 Partner aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ziehen dabei an einem Strang. Sie haben mit einer in dieser Form bislang beispiellosen Public-Private-Partnership eine Gesellschaft auf den Weg gebracht, die einen interdisziplinären, ganzheitlichen Ansatz verfolgt – ein Weg, der sich nach Ansicht aller Beteiligten gelohnt hat. Beim Start im Jahr 2010 brachte es Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf den Punkt: „Das ist Klimaschutz von unten."

Dreh- und Angelpunkt ist die Stadt Bottrop mit ihren 116.000 Einwohnern. Sie ist im Rahmen eines Wettbewerbes zur Modellkommune auserkoren worden. Anhand von am Ende rund 300 Einzelmaßnahmen zeigen alle Beteiligten, wie das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu halbieren und eine zukunftsfähige, lebenswerte Kommune zu schaffen, möglich ist. Das alles geschieht in einem Modellquartier mit einer Fläche von 2463 Hektar. Bis zum Jahr 2020 soll das Ziel laut Fahrplan erreicht sein.

Auch die Wirtschaft profitiert

Die Ergebnisse können sich schon jetzt sehen lassen. Laut Burkhardt Drescher, Geschäftsführer von InnovationCity Ruhr, werden jährlich drei Prozent der Gebäude Bottrops saniert – mehr als drei Mal soviel wie im Bundesdurchschnitt. Darüber hinaus seien bereits rund 1000 Arbeitsplätze langfristig gesichert worden. Dreschers Schlussfolgerung: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind kein Widerspruch.

Als theoretische Grundlage und Herzstück für spätere praktische Arbeiten dient der ebenfalls bis 2020 reichende Masterplan. Für ihn sind Daten zum technischen Stand und der Ausrüstung von Gebäuden, die Energieverbrauchsdaten und zusätzlich die sozialen Kennwerte der Quartiere erfasst worden – und das „mit ungewöhnlicher Tiefenschärfe", wie es auf der Internetseite www.klimaexpo.nrw heißt. Fünf sogenannte Handlungsfelder gibt es im Masterplan: Wohnen, Arbeiten, Energie, Mobilität und Stadt.

Im Projektquartier werden die Gebäude zum Beispiel energetisch saniert und mit Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung ausgestattet. Hierzu haben sich die Praktiker für den Einsatz unterschiedlicher Technologien entschieden. Dazu gehören Photovoltaik, Wärmepumpen und Stromspeicher. Nach dem Umbau kann ein Haus fast autark versorgt werden. Die gewonnene Energie kann ebenso durch intelligente Energiemanagementsysteme an umliegende Gebäude weiter verteilt werden. Es geht weiter: Durch die Vernetzung ganzer Stadtquartiere lässt sich Energie lokal erzeugen und verbrauchen. Der positive Effekt: Der Energieverbrauch je Nutzer sinkt und die dezentrale Energieerzeugung lässt sich steigern.

Die in Bottrop gewonnenen Erkenntnisse sollen auch anderen Städten und Gemeinden zugutekommen. Hierzu sind die Maßnahmen, Hinweise und Erfahrungen aus der Modellstadt Bottrop in einem Innovationshandbuch gebündelt worden. Doch nicht nur das, die Autoren leiten ferner konkrete Handlungsempfehlungen aus ihren Erfahrungen ab. Das Ziel: Die Kommunen in Deutschland und Europa können sich daran bei der jeweils eigenen Umsetzung orientieren. Der Anspruch der InnovationCity Ruhr, als Modellstadt Vorreiter für den klimagerechten Stadtumbau zu sein, zeige sich so nicht nur im Bereich Innovation. Vielmehr sei gewährleistet, dass die gewonnen Erfahrungen auf andere Kommunen übertragbar seien, heißt es dazu. Inzwischen gibt es 20 weitere Modellquartiere im Ruhrgebiet.

Überdies fügt sich die InnovationCity Ruhr in Überlegungen, den Umschwung weg von einer rein industriell geprägten hin zu einer auf Wissen basierten Region zu schaffen. Einen weiteren Weg hat die SPD-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in ihrem Papier „Ruhrgebiet: Tradition neu denken" beschrieben. Darin bekennen sich die Autoren zwar zur Industrie, geben aber auch als Ziel aus, die Innovationsschwäche der Unternehmen im Ruhrgebiet zu überwinden und die Firmengründungsintensität zu erhöhen. Das Bundesland und das Ruhrgebiet verfügen laut Papier über viele Hochschulen. Sie müssten einen realen wirtschaftlichen Mehrwert erbringen.

FOTO: INNOVATIONCITY RUHR

Weitere Informationen
www.icruhr.de

RAG
Montan Immobilien

Seit fast 40 Jahren ist die RAG Montan Immobilien GmbH für die erfolgreiche Entwicklung von Flächen und Projekten bekannt.
Unser Spezialgebiet: Die gewinnbringende Revitalisierung von industriell vorgenutzten Arealen unter Ausnutzung der kompletten immobilienwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Mit allen Optionen, ohne einen Quadratmeter Fläche zu verschenken.

RAG Montan Immobilien GmbH
Im Welterbe 1-8, 45141 Essen
info@rag-montan-immobilien.de
www.rag-montan-immobilien.de

Die Zukunft ist unser Revier.

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 09-10/2016

„Aachen 2025“ macht den digitalen Wandel erlebbar

Forscher, Unternehmen und Vereine aus der Stadt zeigen einem breiten Publikum, wie die Zukunft aussehen könnte

Autor Till Rasch

In der Technologieregion Aachen stellen Informations- und Kommunikationstechnologien einen gewichtigen Schwerpunkt dar. Grund genug, dies auch mit einem großen Event erlebbar zu machen. „Aachen 2025 – Digitalen Wandel erleben“ findet vom 23. bis zum 25. September 2016 statt und zeigt einem breiten Publikum an rund 40 Orten in der Stadt, wie die digitale Zukunft aussehen könnte. Acht „Themenparks“ nehmen sich der Digitalisierung des Alltags an. Gestaltet werden diese von den Aachenern selbst, mit dem Know-how und der Kompetenz, die vor Ort reich und vielfältig vorhanden sind.

Ein „Holodeck“ im Virtual Theatre des Kybernetik-Clusters der RWTH Aachen

Die Themenparks

- In einer digitalisierten Welt, wo über Wikipedia oder Google riesige Ressourcen an Wissen jederzeit und überall verfügbar sind, muss man da überhaupt noch lernen? Ganz sicher ja. Allerdings verändert die Digitalisierung Lernen und Lehren. Der Themenpark **„Lernen, Bildung & Kultur“** bietet Ausstellungen und Vorträge, praktische Demonstrationen an Aachener Schulen sowie Workshops zur aktiven Beteiligung.
- Welchen Einfluss hat die Digitalisierung auf Gebäude und das Wohnen der Zukunft? Wie können digitale Systeme Komfort und Sicherheit für jeden Einzelnen erhöhen? Wie verbessern smarte Anwendungen den Umgang mit Ressourcen? Diese und ähnliche Fragen betrachtet der Themenpark **„Wohnen, Energie & Wasser“**. Er zeigt welche Technologien es heute schon gibt und wie die Zukunft aussehen könnte.
- Der Themenpark **„Produktion“** hat das Motto: Produktion 2025 – Die smarte Produktion der Zukunft! Wie verändert die Digitalisierung sowohl die Entwicklung als auch die Produktion von Produkten?
- Der Themenpark **„Kommunizieren“** befasst sich mit drei Schwerpunkten: Medienproduktion, Kommunikationstechnologien (5G, der Zukunftsstandard des Mobilfunks, Glasfaser) und moderne Kommunikationsanwendungen. Zu diesen drei Schwerpunkten gibt es Austellungen und Vorträge.
- Der Themenpark **„Arbeit“** wirft einen Blick auf die Arbeitsweltwelten der Zukunft. Es gibt einen „Markplatz der Zukunftsideen“ sowie Workshops, die sich mit den Veränderungen der Arbeitswelten und der Arbeitsformen befassen.
- Der Themenpark **„Gesundheit“** findet in der Uniklinik RWTH Aachen und im benachbarten Helmholtz-Institut für Biomedizinische Technik (HIA) statt: Womit beschäftigt sich die moderne Medizin, welche Zukunftstechnologien werden in Aachen entwickelt und erprobt?
- Das Institut für Kraftfahrzeuge (ika) der RWTH Aachen ist Ort des Themenparks **„Mobilität“**. Das Programm zeigt, wie die Digitalisierung bereits heute unsere Mobilität verändert – von innovativen Mobilitätskonzepten bis hin zu smarten Fahrzeugen – und bietet auch spannende Ausblicke in die Zukunft.
- Der Themenpark **„Einkaufen“** schließlich macht das Einkaufen der Zukunft erlebbar. Bei einer Tour durch Aachener Geschäfte können die Besucher Unternehmen erleben, die heute schon die Digitalisierung als Chance nutzten: einmal um die Dienstleistung für den Kunden zu verbessern und ihm ein interessantes Einkaufserlebnis zu bieten, dann aber auch, um effektiver und mit mehr Gewinn zu arbeiten.

MITMACHER

150

Aachenerinnen und Aachener haben ehrenamtlich das Programm von „Aachen2025“ mit entwickelt.

QUELLE: TEMA AG

Schul- und Filmprogramme

Zusätzlich bietet „Aachen 2025“ spezielle Programme für Schulen, etwa zu den Themen Gesundheit, Mobilität und Schule der Zukunft, und ein Filmprogramm mit den Zukunftsentwürfen von Science-Fiction-Filmen.

„Aachen 2025“ findet auch überregional Interesse. Die Cisco Systems GmbH unterstützt „Aachen 2025“ als Sponsor. Norbert Büning, Director Consulting Services bei Cisco, begründet das Engagement so: „Bei ‚Aachen 2025 – Digitalen Wandel erleben‘ handelt es sich um ein einzigartiges Konzept, in dem der Digitale Wandel erlebbar gemacht wird. Die ganze Veranstaltung ist wirklich einzigartig und trifft genau unsere Vorstellungen: Jetzt ist die Zeit reif, den digitalen Wandel in Deutschland zu erleben.“

Ideengeber für „Aachen 2025“ waren das Marketingunternehmen TEMA Technologie Marketing AG und der Regionale Industrieclub Informatik Aachen (REGINA e.V.). Der Industrieclub bündelt seit über 20 Jahren grenzüberschreitende und regionale IT-Kompetenzen, fördert die Zusammenarbeit zwischen regionaler Wirtschaft und Wissenschaft und vermittelt Fachkräfte durch enge Verzahnung mit Aachener Bildungseinrichtungen und Hochschulen.

Ein ehrenamtliches Netzwerk von rund 150 Menschen hat in den vergangenen neun Monaten das Programm mit mehreren hundert Programmpunkten gestaltet. Diese „Mitmacher“ kommen aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen, aber auch aus Schulen, studentischen Initiativen und Vereinen.

„Aachen 2025“ wil die Facetten der Digitalisierung in einem Umfang und einer Form zeigen, für die es bisher kein Beispiel gibt. Und indem „Aachen 2025“ die Digitalisierung anschaulich zeigt und direkt erlebbar und begreifbar macht, schafft der Event auch Grundlagen und befähigt die Menschen, den digitalen Wandel im Alltag aktiv zu gestalten.

Mehr Informationen

www.aachen2025.de

www.regina.rwth-aachen.de/

FOTO: VIRTUAL THEATRE IMA/ZLW & IFU, RWTH AACHEN UNIVERSITY

Schwäbisch Hall

reichHalltig

Schwäbisch Hall ist Wirtschaftsstadt
mit den Gewerbegebieten Solpark, Hessental, Sulzdorf und dem Gewerbepark Schwäbisch Hall-West. Profitieren Sie vom guten Branchenmix, dem Packaging Valley Schwäbisch Hall, den innovativen Unternehmen, dem Adolf-Würth-Airport und dem Haus der Wirtschaft im Solpark. Kennen Sie unsere Angebote zur Existenzgründung?

Schwäbisch Hall ist attraktiver Wohnort
mit hoher Wohn- und Lebensqualität, schönen Wohnbauplätzen, interessanten Wohnungen und Häusern in der Nähe Ihres Arbeitsplatzes, die perfekt auf die Bedürfnisse von Familien, Jugendlichen und Kindern zugeschnitten sind. Leben und Arbeiten lässt sich hier vortrefflich miteinander verbinden.

Schwäbisch Hall ist optimaler Arbeitsort
mit hervorragenden Perspektiven durch das vielfältige Arbeitsplatzangebot der zahlreichen Weltmarktführer, Hidden Champions, Finanz- und Dienstleistungsunternehmen sowie dem Gesundheitswesen. Auszubildende sind herzlich willkommen.

Schwäbisch Hall ist Bildungsstadt
mit einem breiten Spektrum an Bildungseinrichtungen. Informieren Sie sich über die flexiblen Möglichkeiten im Haus der Bildung sowie über die Management-Studiengänge am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn.

Schwäbisch Hall ist Freizeitstadt
mit einer Vielzahl an Freizeiteinrichtungen und Angeboten für Wellness, Sport, Erholung und Gesundheit. In unserer Stadt ist attraktives Wohnen in einer schönen Landschaft Wirklichkeit. Das Szeneangebot ist riesig und unsere besondere Altstadtkulisse hat Flair!

Schwäbisch Hall ist Kulturstadt
mit einem sehr vielfältigen Angebot an kulturellen Veranstaltungen und Museen. Kunsthalle Würth, Johanniterkirche mit ihren „Alten Meistern in der Sammlung Würth“, Präsentation der Schutzmantelmadonna von Hans Holbein d. J. und die Freilichtspiele, sind die regionalen Leuchttürme.

Stadt **Schwäbisch Hall**
Am Markt 7/8
74523 Schwäbisch Hall
www.schwaebischhall.de

SchwäbischHall

factum | adp . Neuenstein

In Herne-Sodingen ist auf dem Areal des ehemaligen Bergwerkes „Mont Cenis“ rund um die architektonisch eindrucksvolle Fortbildungsakademie ein integriertes und energetisch modernisiertes Stadtquartier entstanden.

Früher Zechen, heute lebenswerte Stadtquartiere

Seit rund vierzig Jahren arbeitet RAG Montan Immobilien an der Revitalisierung von industriell vorgenutzten Flächen

Autor Stefan Römer, RAG Montan Immobilien

Wo früher Steinkohle gefördert wurde, sind heute Gewerbe, Forschung, Kultur, Kunst und Gastronomie zu Hause. Bereits seit 1977 treibt die RAG Montan Immobilien im Verbund des RAG-Konzerns die Sanierung und qualitätsvolle Entwicklung ehemaliger Flächen des Steinkohlebergbaus voran und leistet so einen wertvollen Beitrag zum Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Zum Leistungsspektrum gehört ebenso die Schaffung von Biotopen als Kompensationsmaßnahme wie die Entwicklung von Stadtquartieren.

Entwickelt werden Stadtquartiere auf vormals bergbauindustriell genutzten Flächen. Das Unternehmen kann hier auf zahlreiche Beispiele für eine erfolgreiche Stadtquartiersentwicklung verweisen.

Dazu zählt sicherlich das Entwicklungsprojekt auf dem Areal der 1978 stillgelegten Zeche „Mont Cenis“ im Herner Stadtteil Sodingen. Seit Ende der 1990er Jahre ist rund um die architektonisch eindrucksvolle Fortbildungsakademie „Mont Cenis“ ein integriertes und energetisch modernisiertes Stadtquartier entstanden. Rund um den 180 Meter langen, 75 Meter breiten und 15 Meter hohen Glaskubus der Akademie mit integriertem Hotel finden sich neue Wohnhäuser für Familien, seniorengerechte Wohnangebote, ein Kindergarten, ein Einzelhandelszentrum mit Arztpraxen sowie eine attraktive Parklandschaft. Mont Cenis ist inzwischen ein Stadtteilzentrum mit hoher urbaner Qualität und gilt als Modell für zeitgemäße und nachhaltige Stadtentwicklung und Symbol für erfolgreichen Strukturwandel inmitten des Ruhrgebietes.

„Wir können Wandel.“

Norbert Römer, SPD-Fraktionsvorsitzender NRW, auf seiner Sommertour 2016 im Kreativ.Quartier Lohberg.

Konzernzentrale im Weltkulturerbe

Aus der ehemaligen Zeche und Kokerei in Essen wurde das UNESCO-Welterbe Zollverein, inzwischen Zentrum für Kultur und Design und attraktiver Museums-, Erlebnis- und Freizeitstandort. In den kommenden Jahren folgen dort der Bau der Folkwang-Akademie der Künste, eines Hotels und der Bau der RAG-Unternehmenszentrale. Aufgrund der erfolgreichen Entwicklung des Areals der Kokerei und Zeche Zollverein konnte gemeinsam mit der Stiftung Zollverein im April 2016 beim Polis Award für Stadt- und Immobilienentwicklung in der Kategorie „Urbanes Flächenrecycling“ eine Prämierung erreicht werden. Die Neubauprojekte auf dem Areal und die Wiedernutzbarmachung der denkmalgeschützten Gebäude sichern die nachhaltige Zukunft des Standortes im Essener Norden und der umliegenden Stadtquartiere.

In Dortmund-Derne wurde in enger Kooperation mit der Stadt Dortmund auf dem 56 Hektar großen ehemaligen Kokerei- und Zechenareal Gneisenau ein neues Stadtquartier in Angriff genommen. Neben der Logistikfläche, der Bau- und Grünmarktfläche, dem Gewerbegebiet Gneisenau-Süd, dem Einzelhandel- und Dienstleistungszentrum direkt in der Ortsmitte an der Altenderner Straße und zwei Wohngebieten gehören zwei Stadtteilparks sowie weitere Grünflächen zum Entwicklungsprojekt. Die Aufwertung der ehemaligen Zechenfläche gibt wichtige städtebauliche Impulse für den gesamten Stadtteil.

Gemeinsam mit der Stadt Dinslaken wird derzeit auf dem 40 Hektar großen Areal der ehemaligen Zeche Lohberg das neue Kreativ.Quartier Lohberg entwickelt – mit einem attraktiven Angebot für Wohnen und Gewerbe. Versorgt wird das Viertel durch erneuerbare Energien als Keimzelle von Deutschlands größtem CO_2-neutralen Stadtquartier. Mit Hilfe eines integrierten Bildungskonzeptes mit einhergehender Förderung des bürgerschaftlichen Engagements soll die Integration der Bewohner der benachbarten Gartenstadt und der rund 600 neuen Bewohnern des entstehenden Wohnquartiers auf dem Zechenareal gefördert werden. Einen weiteren – sozialen und ökonomischen – Entwicklungsschub erwarten sich die Akteure von den neu entstehenden Arbeitsplätzen auf dem ehemaligen Zechenareal. Dabei setzt der gesamte Entwicklungsprozess auf Transparenz, interdisziplinäre Zusammenarbeit und aktive Bürgerbeteiligung mit dem Ziel, durch die ganzheitliche Entwicklung von Zechenareal und Gartenstadt ein sozialintegratives und lebendiges Stadtquartier zu schaffen und den Bewohnern hier eine nachhaltige Heimat zu bieten.

Diese Quartiere sind gute Beispiele für die qualitätsvolle Entwicklung von ehemaligen Bergbaustandorten und stehen allesamt für die Wahrnehmung eines der zentralen Unternehmensziele der RAG Montan Immobilien: die Regionen lebenswert zu machen.

Weitere Informationen
www.rag-immobilien.de,
www.kreativ.quartier-lohberg.de,
www.fah.nrw.de

FOTO: RAG MONTAN IMMOBILIEN / PRESSEFOTO SPD-FRAKTION

Projekt Deutsch@Beruf: damit Integration gelingt

Wie Wirtschaft, Kommune und Zivilgesellschaft in Schwäbisch Hall Integration schaffen

Autor Hermann-Josef Pelgrim, Oberbürgermeister Schwäbisch Hall und SGK-Landesvorsitzender

Der Erwerb fundierter Sprachkenntnisse, die Vermittlung in existenzsichernde Arbeit oder Ausbildung, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Entwicklung guter Nachbarschaft sind zentrale Eckpfeiler für eine gelingende Integration. Und natürlich benötigen Familien für ihre Kinder KiTa- und Schulplätze. Der Wunsch der Menschen, möglichst schnell Arbeit zu finden, ist nur allzu verständlich. Um langfristig über die Ausübung einfacher Hilfstätigkeiten hinauszukommen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, sind fundierte Sprachkenntnisse unabdingbar.

Arbeitskräfte dringend gesucht

In Schwäbisch Hall wurde deshalb das Projekt „Deutsch@Beruf" ins Leben gerufen. Allein in der VHS Schwäbisch Hall lernen aktuell mehr als 200 Personen Deutsch. Wir erleben hier in den Kursen ganz überwiegend sehr motivierte Menschen, die schnell die deutsche Sprache erlernen wollen. Und: Die Zahl der Unternehmen steigt, die händeringend motivierte, verlässliche Arbeitskräfte suchen und die bereit sind, ihren Beitrag zur Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung zu leisten – immer unter der Prämisse, dass die Bleibeperspektive gesichert ist und grundlegende Deutschkenntnisse vorhanden sind, die für Arbeitsanweisungen, Sicherheitsbelehrungen und die Kommunikation im Unternehmen unerlässlich sind. Ziel ist es, mindestens zwölf Unternehmen zu gewinnen, die zunächst eine Patenschaft für eine Projektteilnehmerin oder einen Projektteilnehmer übernehmen, die im zweiten Jahr in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis übergeht.

Zielgruppe des Projekts sind Menschen mit Fluchtgeschichte, die eine Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsgestattung (Eritrea, Irak, Iran, Syrien) besitzen, in ihrer Muttersprache alphabetisiert sind und über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen.

Wir haben in Schwäbisch Hall ein gutes Unterstützungssystem: Da sind zum einen die zahlreichen ehrenamtlich Engagierten in den Freundeskreisen Asyl und zum anderen die sozialpädagogischen Fachkräfte des Landkreises in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften. Sie kennen die Lebens- und Arbeitsbiografien der Geflüchteten, schlagen auf dieser Basis Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor und übernehmen eine Mentoren-Funktion. Die Kompetenzbögen werden mit den Anforderungsprofilen der Unternehmen abgeglichen und für jedes Unternehmen passgenau eine Auswahl potenzieller Patenschaften erstellt.

Das Projekt Deutsch@Beruf zeigt beispielhaft, wie Unternehmen, Bildungsträger und Zivilgesellschaft in Kooperation mit dem Landkreis und der Stadt Schwäbisch Hall, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gemeinsam Möglichkeiten und Wege einer gelingenden Integration schaffen. Deshalb habe ich zusammen mit Landrat Gerhard Bauer gerne die Schirmherrschaft für dieses beispielgebende Projekt übernommen.

Spracherwerb steht im Mittelpunkt

Im ersten Projektjahr steht der Erwerb grundlegender Kenntnisse der deutschen Sprache im Mittelpunkt. Nach einem Einführungskurs in das lateinische Alphabet besuchen die Teilnehmenden einen Integrationskurs, der mit dem Deutschtest für Zuwanderer auf B1-Sprachniveau endet. Hospitationen, Praktika, Seminare und Trainings bilden Brücken, um die künftige berufliche Arbeitswelt kennenzulernen.

Unsere Erfahrung zeigt, dass B1 in vielen Bereichen nicht ausreichend ist. Deshalb bietet das Projekt im zweiten Jahr neben der beruflichen Tätigkeit im Patenunternehmen an einem Tag in der Woche einen arbeitsbegleitenden Sprachkurs zur Vertiefung der Deutschkenntnisse bis zum Sprachniveau B2. Die Teilnehmenden werden sozialpädagogisch begleitet. Ziel nach zwei Jahren ist die Übernahme in ein unbefristetes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis.

Projektträger ist die Volkshochschule Schwäbisch Hall e.V. in Kooperation mit der Stadt Schwäbisch Hall als Träger der Bildungsregion Schwäbisch Hall und des Mehrgenerationenhauses „Haus der Bildung". Die VHS übernimmt die Projektorganisation und die Durchführung der Sprachkurse. Das Büro der Bildungsregion sichert die sozialpädagogische Begleitung und bildet die Schnittstelle zu den Unternehmen. Das Mehrgenerationenhaus ist Ansprechpartner für die Freundeskreise und Fachkräfte in der Flüchtlingshilfe und organisiert die Trainings und Seminare. Entwickelt wurde das Konzept in Gesprächen mit dem Freundeskreis Asyl, mit Vertretern der Wirtschaftsförderung des Landkreises, der Agentur für Arbeit und des Job-Centers.

Finanziell gefördert wird das Projekt durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Landkreis Schwäbisch Hall. Die Unternehmen beteiligen sich mit einem Patenschaftsbeitrag von 40 Euro pro Monat, im zweiten Jahr tragen sie die Lohnkosten gemäß Arbeitsvertrag. Die Teilnehmenden beteiligen sich im zweiten Projektjahr mit einem monatlichen Eigenanteil in Höhe von 40 Euro. Die VHS trägt die Kosten für die begleitenden Sprachkurse. Den Verwaltungs- und Personalaufwand des Projekts übernehmen Bildungsregion, Mehrgenerationenhaus und Volkshochschule gemeinsam. Die Partner arbeiten auf kurzen Wegen unter dem gemeinsamen Dach im Haus der Bildung in Schwäbisch Hall.

Mehr Informationen
www.schwaebischhall.de
www.zuwanderung.wfgsha.de

ARBEITSMARKT

7%

der Unternehmen haben in den vergangenen 24 Monaten Flüchtlinge beschäftigt.

QUELLE: RANDSTAD-IFO-PERSONALLEITER-BEFRAGUNG

Unterstützung beim Lernen: Deutschkurse können ein Schlüssel zu einem guten und dauerhaften Arbeitsverhältnis sein.

FOTO: WHF GMBH

Das darmstadtium: „well connected“

Kongresse und Tagungen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

Autorin Miriam von der Heyden, darmstadtium

Bereits von außen ist das Gebäude auffällig aufgrund seiner Architektur.

Mitten in der Metropolregion Franfurt/Rhein-Main mit direktem Anschluss an die Autobahnen A5 und A67 gelegen, ist die Wissenschaftsstadt Darmstadt mit dem Auto, aber auch mit Flugzeug oder Bahn bestens erreichbar. Vom Frankfurter Flughafen fährt der Schnellbus AirLiner direkt nach Darmstadt. Dieser hält an Terminal 1 und 2 des Frankfurter Flughafens. Der AirLiner fährt neben Hauptbahnhof und Luisenplatz in Darmstadt das darmstadtium direkt an (Haltestelle „Kongresszentrum Darmstadt“). In einem dichten Zeittakt werden täglich 30 Fahrten angeboten. Standort und Infrastruktur sind für die Stadt und das Kongresszentrum gleichermaßen bedeutsam. Erreichbarkeit ist ein wesentlicher und entscheidender Faktor – unter anderem bei der Auswahl einer Veranstaltungsstätte. National wie auch international ist Darmstadt damit bestens aufgestellt.

DAS ELEMENT

110

ist die Ordnungszahl des Elements darmstadtium im Periodensystem (DS110)

Infrastruktur auf internationalem Nvieau

Dass diese vernetzte Anbindung immer wichtiger wird, und dass das darmstadtium auch im internationalen Wettbewerb mithalten kann, zeigt eine aktuelle Zusammenstellung des Event Manager Blog über die „10 Great Venues in Europe for Events with 1000+ Attendees“. Das darmstadtium überzeugt längst auch internationale Veranstaltungsplaner.

Entscheidendes Kriterium ist hierbei vor allem die „harte“ Infrastruktur – denn unter dem Motto „well connected” vereint das darmstadtium die attraktive Lage inmitten der Rhein-Main-Region mit einer herausragenden IT-Infrastruktur mit neuestem WLAN-Standard (ac), schneller Internetverbindung (bis zu zehn Gbit/s), extremer Ausfallsicherheit und der Bereitstellung von individuellen Kundennetzwerken (VLAN-Technik). Mit der digitalen Infrastruktur werden die höchsten Anforderungen an Netzwerktechnik und Konnektivität erfüllt und wurden bereits internationale Auszeichnungen erzielt.

Der Standort und die Infrastruktur sind nicht nur für das darmstadtium ein entscheidender Faktor für einen langfristig erfolgreichen Betrieb. Die dadurch in Darmstadt stattfindenden, zunehmend internationalen Veranstaltungen bringen wiederum der Region direkten und indirekten wirtschaftlichen Nutzen. Hierzu zählen nicht nur die direkten Veranstaltungskosten, sondern auch indirekte Effekte, wie die gebuchten Übernachtungen, Reisekosten, Reinigung, Ausgaben in Gastronomie und Einzelhandel sowie für Freizeitaktivitäten. Und auch die Förderung der Infrastruktur – bezogen auf Technik wie auch auf die Erreichbarkeit – sind sowohl für den Veranstaltungsbetrieb, als auch für die regionale Wirtschaftsentwicklung bedeutend. Durch das darmstadtium

DAS DARMSTADTIUM IN ZAHLEN

Gesamtnutzfläche: 18.000 qm

Räume: 26 (Kongresssaal spectrum, dreifach teilbar; Kongresssaal ferrum; 20 Konferenzräume; Lounge; Eingangsfoyer atrium) – zusätzlich weitere Foyerflächen

Restaurant: 80 Sitzplätze im EG, 40 im Cafébereich im OG

Tiefgarage: 454 Parkplätze plus Verbindung zu weiteren Flächen; Fläche: zwei Mal 8000 qm

Investitionsvolumen: Die Gesamtbaukosten lagen bei 93,5 Millionen Euro

Sieben Jahre darmstadtium: 6000 t CO_2-Einsparung, über 2000 Veranstaltungen, mehr als eine Million Besucher

FOTO: FOTOGRAFIE SCHEPP

Anzeige

Kompetent.

Fachliteratur für Recht und Praxis.

Meyer | Ritgen | Schäfer (Hrsg.)

Handbuch Flüchtlingsrecht und Integration

Handbuch
kartoniert, ca. 500 Seiten
ISBN 978-3-8293-1264-6
Preis ca. 49,– EUR
Lieferbar ab ca. November 2016

Das Handbuch analysiert in Teil 1 die Maßnahmen, die zur **Bewältigung der Flüchtlingskrise** notwendig waren, aus der Sicht unterschiedlicher staatlicher und gesellschaftlicher Akteure wie dem DRK, dem BAMF, der Wohnungswirtschaft sowie aus der Sicht der Länder und Kommunen. Es beschreibt in Teil 2 die im weiteren Sinne **relevanten Rechtsnormen**, und widmet sich in Teil 3 und 4 der **Flüchtlingsaufnahme in der kommunalen Praxis** sowie der **Integration von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen** in Deutschland.

KSV Verwaltungspraxis www.kommunalpraxis.de

konnten 800 Arbeitsplätze geschaffen bzw. langfristig gesichert werden.

Kongresszentren sind kommunale Daseinsvorsorge

Die Bereitstellung von Veranstaltungsflächen und die Sicherung und Förderung einer bedarfsgerechten Infrastruktur spielen auch in der kommunalen Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle und sollen dabei insbesondere dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohl und dem Gemeinschaftsleben der Einwohner dienen.

Neben nationalen wie auch internationalen Kongressen und Tagungen finden regelmäßig lokale Veranstaltungen im darmstadtium statt – von der Region und für die Region. Besonders interessant für regionale und kommunale Dienstleister, aber auch für die Bewohner aus Darmstadt und Umgebung, sind hierbei Veranstaltungen wie „darmstadt spielt“, Hessens größtes Spielefest mit großem pädagogischen Mehrwert, aber auch kleinere Veranstaltungen wie der Seniorentag oder Ausstellungen wie die „BehindART“, einer inklusiven Ausstellung mit über 150 regionalen Künstlerinnen und Künstlern mit Handicap. Am regelmäßig stattfindenden „Tag der Vereine“, eine Eigenveranstaltung des darmstadtiums, wird den in Darmstadt und der Umgebung ansässigen Vereinen das Kongresszentrum kostenfrei zur Vorstellung des Vereinslebens bereitgestellt. Damit versucht das darmstadtium-Team auch einen bescheidenen Beitrag für das sozialgesellschaftliche Leben in Darmstadt zu leisten.

FOTO: FOTOGRAF VOTAVA

> **„Hier können jedes Jahr Tausende Besucher Klimaschutz hautnah erleben.**
>
> Frank Gey, Geschäftsführer Entega, Klimapartner des darmstadtiums

Für den Bau des darmstadtiums bildete der Wiener Architekt Talik Schalabi mit Paul Schröder, Architekt aus Darmstadt, eine Arbeitsgemeinschaft.

Mehr Informationen
www.darmstadtium.de

Anzeige

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 09-10/2016

Bessere Versorgung ist Herzenssache

Auch im Gesundheitsbereich ist eine gute kommunale Infrastruktur ein wichtiger Standortfaktor

Autorin Rebecca Wicki, Ameos-Gruppe

Herzkrankheiten gehören zu den häufigsten Todesursachen.

Es steht schlecht um Sachsen-Anhalts Herzen. Die Menschen hier erkranken häufiger als im Bundesdurchschnitt, sie haben häufiger einen zu hohen Blutdruck und Diabetes. Viele Menschen kämpfen mit Übergewicht, und alkoholbedingte Krankenhaus-Aufenthalte liegen ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt. All dies sind Risikofaktoren für Herzkrankheiten verschiedenster Art. Hinzu kommt: Die Bevölkerung des Bundeslandes schrumpft nicht nur am schnellsten im europäischen Vergleich, auch das Durchschnittsalter steigt überproportional.

Der aktuelle Deutsche Herzbericht zeigt diese Faktoren auch in den Zahlen. Die dort publizierten stationären Morbiditätskennziffern der Länder beschreiben die stationäre Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen. Sachsen-Anhalt gehört auf der jährlich erstellten Rangliste der Bundesländer zum letzten Drittel, steht oft sogar ganz am Ende. Reicht zum Beispiel die Spannweite bei den durchblutungsbedingten Herzkrankheiten deutschlandweit von 549 bis 1074 Fällen pro 100.000 Einwohner, so steht die 1.074 im Jahr 2015 für Sachsen-Anhalt. Auch bei der Herzinsuffizienz steht das Bundesland ganz am Ende. Ähnliche Verhältnisse gibt es bei der Sterblichkeitsrate auf 100.000 Einwohner. Herzkrankheiten gehören in Deutschland zu den häufigsten Todesursachen.

Als größter Krankenhausbetreiber in Sachsen-Anhalt und Partner der Kommunen stellt sich die Ameos-Gruppe der Verpflichtung, die Versorgungssituation der Patienten mit Herzkrankheiten deutlich zu verbessern. Denn eine funktionierende wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ist auch ein wesentlicher Standortfaktor für die Städte und Kommunen.

Wettbewerbsfähige Krankenhäuser

Die Gruppe betreibt insgesamt 48 Krankenhäuser und Polikliniken, von denen sich 14 in Sachsen-Anhalt befinden. Ameos sichert den Erhalt und die Weiterentwicklung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen und damit langfristig eine starke regionale Gesundheitsversorgung. Die Gruppe ist spezialisiert darauf, traditionelle Krankenhausstrukturen in wettbewerbsfähige leistungsstarke Gesundheitszentren umzuwandeln. Für Sachsen-Anhalt und seine Herzen heißt das: Seit 2009 verfügt das Ameos-Klinikum Halberstadt über ein gerade erst modernisiertes Herzkatheterlabor. In Schönebeck wurde ein solches Labor 2013 eröffnet. Aufgrund des hohen Versorgungsbedarfs in Sachsen-Anhalt investierte die Ameos-Gruppe außerdem in zwei weitere Herzkatheterlabore an den Kliniken in Aschersleben (2015) und Haldensleben (2016). Die Versorgung der Bevölkerung hat sich damit deutlich verbessert.

Die Verteilung der verschiedenen Standorte ermöglicht kurze Wege. Die Kardiologen versorgen Patienten mit durchblutungsbedingten Herzerkrankungen oder Herzinfarkten. Bei der dafür notwendigen Herzkatheteruntersuchung wird das Herz nicht nur in seiner Anatomie betrachtet, sondern es kann auch die Durchblutung, Pumpfunktion und die Funktion der Herzklappen in Echtzeit beurteilt werden. Auch kleinere Eingriffe sind, soweit erforderlich, dann sofort möglich. Der Zugang zum Herzen erfolgt meist über die Oberschenkelarterie. In der Regel braucht es hier lediglich einer kleinen Punktion und somit ist nur eine örtliche Betäubung nötig. Für Patienten mit unregelmäßigen Herzschlägen oder Herzrhythmusstörungen können Herzschrittmacher bzw. Defibrillatoren eingesetzt werden.

Geplantes Herzinfarktnetzwerk

Zukünftig wird Ameos sich in der Region noch besser vernetzen und technisch einen Schritt weitergehen, um eine optimale und noch schnellere Versorgung der Patienten zu erreichen. Hierzu ist in Zusammenarbeit mit Rettungsdiensten und mit Einbindung der kommunalen Partner, der Städte und Landkreise, der Aufbau eines Herzinfarkt-Netzwerkes geplant. Zukünftig sollen EKG´s direkt aus dem Notarztwagen an das aufnehmende Krankenhaus gesendet werden. So kann sich das Krankenhauspersonal schon vor Eintreffen des Patienten über das Krankheitsbild informieren und notwendige Untersuchungen vorbereiten. Damit wird langfristig die Versorgung von Patienten mit Herzerkrankungen gesichert und es werden die Voraussetzungen geschaffen, die Sterblichkeit aufgrund von Herzerkrankungen zu senken. Mit anderen Worten: Eine bessere Versorgung ist für AMEOS eine Herzenssache!

ARBEITGEBER

3900

Mitarbeiter beschäftigt Ameos in Sachsen-Anhalt und gehört damit zu den größten Arbeitgebern der Region.

QUELLE: WWW.AMEOS.EU

Weitere Informationen
www.ameos.eu

FOTO: FOTOLIA.DE

Zusammenrücken!

Trotz Zuzuges wendet sich Daniel Fuhrhop gegen Neubau

Jedes Jahr werden dutzende Quadratkilometer Boden durch Neubauten versiegelt, während anderswo alte Häuser verfallen. Der frühere Architektur-Verleger Daniel Fuhrhop will diese Entwicklung nicht mehr mit ansehen: Im vergangenen Jahr wandte er sich mit der Streitschrift „Verbietet das Bauen" gegen Neubauten. Sein Vorschlag: Die vorhandenen Gebäude sollten stattdessen besser genutzt und bei Bedarf saniert oder umfunktioniert werden. Außerdem sollen wir alle etwas enger zusammenrücken, etwa durch das Abtrennen von Einliegerwohnungen von zu großen Wohneinheiten.
Doch sind seine Ansichten nicht spätestens seit dem Flüchtlingszuzug der vergangenen zwölf Monate überholt? Nein, meint Fuhrhop. Im Gegenteil: Flüchtlinge bräuchten keinen Neubau, sondern sollten in die vorhandenen Nachbarschaften aufgenommen werden, denn so gelinge Integration am besten. Und

bisher schrumpfende Orte könnten wiederbelebt werden.
Fuhrhops neues Buch entwirft ein Ideal, das vielerorts am Praxis-Test scheitern dürfte – auch wenn der Autor zahlreiche gelungene, lokale Projekte als Beispiel anführt. Dennoch lohnt sich die Lektüre – je nach eigenem Standpunkt als Anregung für neue Ansätze oder als Vorbereitung für die Debatte mit Neubau-kritischen Bürgerinitiativen.

Daniel Fuhrhop:
Willkommensstadt.
Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden.
oekom Verlag, 2016, 224 Seiten,
17,95 Euro, ISBN 978-3-86581-812-6

Auch Städte können Peripherie sein

Manfred Kühn untersucht Strategien gegen den Abstieg

Peripherie, das ist weit weg von den Städten, also den großen Zentren – das ist die traditionelle Sichtweise in der Raumordnung. Manfred Kühn, Forscher am Leibnitz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner, bevorzugt eine differenziertere Definition. Er ist überzeugt, „dass Peripherien nicht nur ein Produkt einer abgelegenen geografischen Lage zu den Zentren sind, sondern durch wirtschaftliche, soziale und politische Peripherisierungsprozesse ‚gemacht' werden." Auch Städte oder einzelne Stadtquartiere können an Bedeutung verlieren, sozial abgekoppelt und damit „peripherisiert" werden. (Im übrigen sei das Wort immer eine negative Fremdzuschreibung, meint Kühn.) Die gute Nachricht: Peripherie zu sein, ist demnach kein zwangsläufiges Schicksal. In Abstiegsprozesse durch Abwanderung, Abkopplung, Abhängigkeit und Stigmatisierung lässt sich politisch eingreifen. Wie Städte dies versuchen, untersucht Kühn anhand von Fallbei-

spielen. Sein Blick richtet sich etwa auf Sangerhausen („Hauptstadt der Arbeitslosen"), die ehemalige Schuh-Metropole Pirmasens und Eschwege. Kühn zeichnet den Auf- und Abstieg der Städte nach und beschreibt ihren Umgang mit der Peripherisierung. Zudem versucht er, Perspektiven für Planung und Politik herauszuarbeiten. Mögliche Ansätze: Mehr Netzwerke knüpfen und auf Bildung und Qualifizierung der Bewohner setzen. *CFH*

Manfred Kühn:
Peripherisierung und Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg.
transcript Verlag, 2016, 200 Seiten,
29,99 Euro, ISBN 978-3-8376-3491-4

Termine

Fit für Europa: Bevölkerungsschutz in Europa
19.09.2016 – 21.09.2016, Bad Neuenahr-Ahrweiler
www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/AKNZ/aknz_node.html

Seminar städtischer Pressereferenten
21.09.2016 – 23.09.2016, Gelsenkirchen
www.städtetag.de/veranstaltungen

Fachtreffen „Klimaschutz in der Verwaltung verankern"
21.09.2016, Osnabrück
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

12. Deutscher Kämmerertag
21.09.2016 – 22.09.2016, Berlin
www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/deutscher-kaemmerertag

Abschlussveranstaltung: Modellkommunen und E-Government
22.09.2016, Berlin
www.hs-harz.de/e-government-modellkommunen

Symposium: „Die baurechtliche Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften"
26.09.2016, Münster
www.städtetag.de/veranstaltungen/

Veranstaltung „Digitalisierung Europas und Europäische Energiepolitik"
27.09.2016, Brüssel
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Arbeitstagung „Kooperative Sicherheitsarbeit im Spannungsfeld von Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft"
27.09.2016 – 28.09.2016, Münster
www.städtetag.de/veranstaltungen/

Seminar „Nachhaltiges und klimagerechtes Bauen in Kommunen"
28.09.2016, Verden (Aller)
difu.de/veranstaltungen

Deutscher Straßen- und Verkehrskongress 2016
28.09.2016 – 30.09.2016, Bremen
www.fgsv-kongress.de

Hauptausschussitzung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge: „Teilhabe für geflüchtete Menschen – Integration in Kita, Schule, Arbeitsmarkt"
28.09.2016, Schwerin
www.deutscher-verein.de

Speyerer Kommunaltage
29.09.2016 – 30.09.2016, Speyer
www.uni-speyer.de/de/weiterbildung/weiterbildungsprogramm.php

Florian – Fachmesse für Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz
06.10.2016 – 08.10.2016, Dresden
www.messe-florian.de

Konferenz „Haushalt fair teilen" – Gleichstellungsorientierte Steuerung öffentlicher Finanzen
06.10.2016 – 07.10.2016, München
veranstaltungen.stadt-muenchen.de/konferenz-okt16/

Workshop „Politische Kommunikation in sozialen Netzwerken"
08.10.2016, Regensburg
www.fes-regensburg.de

Bodenschutz beim Planen und Bauen. 9. Marktredwitzer Bodenschutztage
12.10.2016 – 14.10.2016,
Marktredwitz (Bayern)
www.lfu.bayern.de/boden/bodenschutztage/index.htm

3. Forum für kleinere und mittlere Stadtwerke in der Mitte Deutschlands
13.10.2016, Wetzlar
www.bdew.de/internet.nsf/id/veranstaltungen-de

Fachtagung „Kick-Off Grüne Infrastruktur"
13.10.2016, Essen
www.bdla.de/aktuell/veranstaltungen/details/4767

Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus"
14.10.2016 – 15.10.2016, Springe
www.bundes-sgk.de

11. Forum für kleinere und mittlere Stadtwerke im Süden Deutschlands
19.10.2016, Stuttgart
www.bdew.de/internet.nsf/id/veranstaltungen-de

Landräte-Kongress zum Katastrophenschutz
02.11.2016 – 03.11.2016,
Bad Breisig (Landkreis Ahrweiler)
landkreistag.de/termine-25.html

Seminar „Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis"
14.11.2016, Köln
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2016
17.11.2016 – 18.11.2016, Berlin
www.difu.de/veranstaltungen/2016-11-17/forum-deutscher-wirtschaftsfoerderer.html

Seminar „Grundlagen der Kommunikation – Wichtig in der Kommunalpolitik"
25.11.2016 – 27.11.2016, Parsberg
www.fes-regensburg.de

Smart City – Die digitale Agenda für Kommunen
25.11.2016 – 26.11.2016, Krefeld
www.fes.de/de/veranstaltung/veranstaltung/detail/196874/

Kongress „Mehr Gleichheit – Wirtschaftlich notwendig. Politisch unerlässlich. Sozial gerecht."
28.11.2016 - 29.11.16, Berlin
https://www.fes.de/de/mehrgleichheit/

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2017
30.05.2017 – 01.06.2017, Nürnberg
www.städtetag.de

11. DEMO-Kommunalkongress
03.11.16 - 04.11.2016, Berlin
www.demo-online.de

Schräge Tourismusmagneten

Der schiefe Turm von Frankenhausen ist gerettet – auch andernorts sind geneigte Gemäuer ein Wirtschaftsfaktor

Autorin Karin Billanitsch

Vor dem Einsturz bewahrt: der schiefe Turm von Bad Frankenhausen

Der schiefste Turm der Welt steht – ja, in Deutschland. Er hat den bekannten schiefen Turm von Pisa von Platz eins im Guinessbuch der Rekorde verdrängt: der Kirchturm von Suurhusen in Ostfriesland. Bei einer Höhe von 27,37 Metern und einer Neigung von 5,19 Grad führt er offiziell die Liste der schrägsten Gebäude an. Der Turm von Pisa fiel im Ranking zurück, als er saniert wurde. Der schiefe Turm von Suurhusen übertrifft den Campanile in der Neigung jetzt um mehr als ein Grad und erweist sich als Anziehungspunkt in der platten Gegend um Emden.

Pro Jahr pilgern 6000 bis 10.000 auswärtige Besucher zu dem im Jahr 1450 geplanten Turm aus rotem Backstein, schießen ihre Selfies oder wohnen dem Gottesdienst in der Kirche bei. Mit den Horden von Touristen, die auf den weißen Glockenturm von Pisa drängeln, will Suurhusen sich sicherlich nicht messen, doch für die Gemeinde sind die Touristen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Manche Gebäude neigen sich schon während des Baus, andere sinken erst später ab: Bei seiner Errichtung im Mittelalter war der Suurhusener Kirchturm noch nicht aus dem Lot. Erst im Jahre 1885 bemerkten die Bewohner, dass er sich zur Seite neigte: Einst auf moorigem Grund auf Eichenstämmen errichtet, begann das Holz zu modern, als die Ländereien entwässert wurden und der Grundwasserspiegel sank. Das Fundament wurde mehrfach saniert und mit Beton und Stahl verstärkt. Jetzt können weitere 600 Jahre ins Land gehen.

Ihr aus dem Lot geratenes 500 Jahre altes Wahrzeichen auf bröckligem Grund hat nun auch die Gemeinde Bad Frankenhausen gerettet, unter anderem mit Bundesmitteln aus dem Topf „Nationale Projekte des Städtebaus“. Der Turm der Oberkirche hatte sich zuletzt so geneigt, dass ein Einsturz und somit der Abriss drohte. Damit standen auch die Einahmen aus dem Turm-Tourismus auf der Kippe. Mittlerweile gibt es im thüringischen Kyffhäuserkreis schon Schwippbögen mit dem schiefen Turm und geneigte Tassen als Andenken – auf dieses Geschäft wollten Gemeinde, Händler und Bürger nicht verzichten.

Aus Sicht des Marketings kann Ostfriesland noch aufholen – es gibt Potenzial. Schließlich sind zwischen Einbeck und Midlum noch einige Gemäuer schief, eine „Radroute der schiefen Baukultur“ böte sich an. Doch Vorsicht: Bad Frankenhausen könnte versuchen, Suurhusen vom Thron zu stoßen: Denn mit 4,60 Metern Überhang schlägt er Suurhusen (2,47 Meter). Die Pisaner dürfte ein solcher Provinzstreit kaltlassen: Ihr Turm wird der berühmteste schiefe Turm der Welt bleiben.

DEMO 11-12/2016
erscheint am 18. November 2016

mit folgenden Themen:

Das Titelthema **Städtepartnerschaften** in Kommunen wirft ein Schlaglicht auf gelungene Beispiele freundschaftlichen Austausches – sei es auf kultureller Ebene oder mit wirtschaftlichem Nutzen. Der Report widmet sich allen Themen rund ums **Bauen und Wohnen** in Städten, Kreisen und Gemeinden.

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Dr. Hans-Gerd Conrad

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner (Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf), Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 33 vom 1. Januar 2016

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Litho (Titel/Subtitel): metagate Berlin, Litfaßplatz 1, 10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme“.

Die Gesamtauflage enthält die Beilage „Wir Kommunalen“.

FOTOS: MICHAEL LOEPER/PIXELIO.DE, MONTEBELLI FOTOLIA

WIR IN DEN KOMMUNEN

11. DEMO-Kommunalkongress Berlin | 3.–4. November 2016

KOSMOS | Karl-Marx-Allee 131a | 10243 Berlin

Es erwarten Sie hochrangige Referenten aus Bund, Ländern und Kommunen, u.a.
Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit,
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg,
Dr. Katarina Barley, Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jetzt anmelden!

WORKSHOPS:

ZUKUNFTSRAUM KOMMUNE

- Verwaltungsmodernisierung – Agenda für die zukunftsweisende Kommune
- Kommunalwirtschaft – Ressourcen und Versorgung in kommunaler Hand
- Kooperationen und Netzwerke – Erfolgsgaranten für die Kommune

LÄNDLICHE RÄUME

- Breitbandausbau – Standortfaktor für den ländlichen Raum
- Abwanderung stoppen – Gemeinden und Regionen stärken
- Intelligente Infrastruktur – Motor für Wirtschaft und Gesellschaft

URBANE RÄUME

- Wohnraum schaffen – Optionen und Strategien für Politik und Verwaltung
- Stadtentwicklung – Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Wachsende Städte – Wachsende Infrastrukturbedarfe

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

BESUCHEN SIE UNS!
ZUKUNFT PERSONAL
KÖLN, 18.–20. OKTOBER 2016
HALLE 3.1 | STAND K.0.8

„Wir setzen auf Interamt, weil es zu Magdeburg passt: modern und zukunfts-orientiert."

HOLGER PLATZ
Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg

E-RECRUITING MIT LÖSUNGSTIEFE
Interamt unterstützt erfolgreiches Personalmanagement in jeder Phase der Stellenbesetzung. Von der kostenlosen Stellenausschreibung bis zur integrierten Komplettlösung mit zahlreichen Bewerbermanagement-Tools.
PERFEKTIONIEREN SIE IHRE PERSONALBESCHAFFUNG: WWW.INTERAMT.DE

INTERAMT.DE
DAS STELLENPORTAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES